

# DEMOGRAPHIE

Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. - Berlin 1999, Nr. 20



## Editorial

Obwohl das 'alte' Jahr 1998 nun schon vor einigen Wochen zu Ende gegangen ist, scheint es mir doch sehr sinnvoll, über unsere Tätigkeit Bilanz zu ziehen und dabei zugleich über weitere Aktivitäten im 'neuen' Jahr 1999 nachzudenken.

Das Jahr 1998 war für unsere Gesellschaft wohl erfolgreich:

- Es wurden drei turnusmäßige Tagungen des Arbeitskreises Demographie durchgeführt. In einer dieser Sitzungen ist dabei erstmals Dr. Johannes Otto, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, als Hauptreferent aufgetreten.
- Zum vierten Mal hat unsere Gesellschaft im Rahmen der Statistischen Woche eine Konferenz durchgeführt. In diesem Jahr stand in Lübeck das Thema "Interregionale Wanderung in Deutschland" auf der Tagesordnung.
- Aus Anlaß des 200. Jahrestages der Veröffentlichung der "Principles of Population" von Thomas Robert Malthus haben wir im Dezember 1998 eine zweitägige Konferenz in Berlin organisiert, die gleichzeitig die erste gemeinsame Veranstaltung der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie mit der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft war.
- Die "Mitteilungen" wurden regelmäßig herausgegeben, wobei die Redaktion stets bemüht war, die Leserinnen und Lesern nicht nur mit dem aktuellen demographischen Geschehen vertraut zu machen, sondern darüber hinaus auch eine breite Palette von Informationen über andere demographische Institutionen, geplante nationale und internationale Konferenzen, neue Literatur usw. anzubieten.
- Nicht zuletzt wurde auf Initiative unserer Gesellschaft anlässlich der 825. Jahrestage von Etzin im Havelland – insbesondere auch Dank des großen Engagements von Prof. Dr. Elsner – eine Straße nach Johann Peter Süßmilch benannt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Vorstandes, aber auch bei all den Kolleginnen und Kollegen, die außerhalb des Vorstandes zu diesen Erfolgen beigetragen haben, ganz herzlich bedanken.

### *Diese Erfolge verpflichten!*

Im Jahr 1999 werden wir unsere Aktivitäten deshalb mit neuem Elan fortführen:

- Die Arbeitskreistagungen werden natürlich auch weiterhin regelmäßig durchgeführt, wobei wir versuchen wollen, die Theoriediskussion stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Unsere (kleine) Konferenztradition im Rahmen der Statistischen Woche werden wir auch in diesem und in den kommenden Jahren fortsetzen. Herr Prof. Dr. Wilrich, der Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft, die der Hauptorganisator der Statistischen Woche ist, hat zwölf Vereinigungen und Institutionen, darunter auch unsere Gesellschaft, dazu aufgerufen die Statistische Woche 2000 als "gemeinsame Tagung aller Statistiker im deutschsprachigen Raum" feierlich zu begehen. Unsere Gesellschaft plant für das Jahr 2000 eine Konferenz zum Thema "Die demographischen Probleme des 21. Jahrhunderts".

## Wir gratulieren

Zum 65. Geburtstag  
Prof. Dr. Johannes Dittrich  
Dr. Heinz Neumann.

Zum 60. Geburtstag  
Prof. Dr. Siegfried Grundmann



- In Auswertung der Malthus-Konferenz haben wir uns entschlossen, alljährlich eine gemeinsame Konferenz in Zusammenarbeit mit der DGB<sub>w</sub> zu organisieren.
- Nicht zuletzt wollen wir versuchen, unsere "Mitteilungen" noch informativer, inhaltsreicher und interessanter zu gestalten.

In diesem Sinne begehen wir das neue Jahr!

*Parviz Khalatbari*

## Inhaltsverzeichnis

BEITRÄGE	Seite
Parviz Khalatbari <i>Editorial</i>	1
Steffen Maretzke <i>Aktuelle Migrationsprozesse in Deutschland</i>	2
<i>Ordentliche Mitgliederversammlung 1998</i>	3
Rainer Karlsch <i>Die Migration in das Uranbergbauggebiet des Erzgebirges nach 1945</i>	4
R. Mackensen, W. Serbser <i>Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert</i>	4
<i>Malthus - Konferenz in Berlin</i>	5
<i>Weltbevölkerung wächst langsamer</i>	7
Jürgen Flöthmann <i>Interregionale Wanderungen in Deutschland</i>	8
<i>Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik</i>	12
Karin Richter <i>Trend zum Rückgang des Geburtenanstiegs setzt sich auch 1998 in den neuen Bundesländern fort</i>	13
<i>Pressespiegel: Hinweise auf neue Publikationen</i>	13
Gerhard Gröner <i>Die Bevölkerung sind wir</i>	14
<i>Konferenzen</i>	16
<i>Termine des Arbeitskreises Demographie</i>	16
<i>Sonstiges</i>	16
<i>Am Rande bemerkt</i>	16

## Aktuelle Migrationsprozesse in Deutschland

In den letzten Jahren gestalteten sich die Wanderungsprozesse in Deutschland sehr dynamisch. Das gilt sowohl für das Niveau dieser Prozesse, als auch für deren räumliche Auswirkungen. Die Wanderungsprozesse wurden in Deutschland in den 90er Jahren im wesentlichen durch

- flächendeckende Außenwanderungsgewinne, bei anhaltenden Binnenwanderungsverlusten der ostdeutschen an die westdeutschen Regionen;
- eine allmähliche Normalisierung der Ost-West-Wanderungsverflechtungen;
- die Ausprägung neuer Wanderungsmuster im Ergebnis des deutschen Einigungsprozesses sowie auch
- durch eine Stabilität spezifischer regionaler Wanderungsmuster geprägt.

Die Außen- und Binnenwanderungsprozesse waren in den letzten Jahren sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern

von herausragender Bedeutung für die regionalen Prozesse der Bevölkerungsentwicklung (vgl. Karte 1). Während im Zeitraum 1991 bis 1996 in den

alten Ländern sowohl Außen-, wie auch Binnenwanderungsgewinne zum Bevölkerungszuwachs beitrugen, reichten die ostdeutschen Außenwanderungsgewinne in den meisten Regionen gerade aus, um die anhaltenden Binnenwanderungsverluste an die alten Länder zu kompensieren.

Das Umverteilungspotential dieser Wanderungsprozesse ist in Ost und West sehr beachtlich. So wechselten allein von 1991 bis 1996 über 38% der westdeutschen und mehr als 25% der ostdeutschen Einwohner ihren Wohnort. In diesen sechs Jahren kamen fast 7,1 Mio. Personen aus dem Ausland, während 4,3 Mio. Personen ihren Wohnort ins Ausland verlegten. Per Saldo erhöhte sich die Bevölkerungszahl Deutschlands dadurch um ca. 2,8 Mio. Personen (+ 3,5%). Von den Zuwanderungen aus dem Ausland profitierten vor allem die westdeutschen Regionen. Nur 16% dieser Wanderungsgewinne entfielen auf die neuen Länder, was deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil liegt.

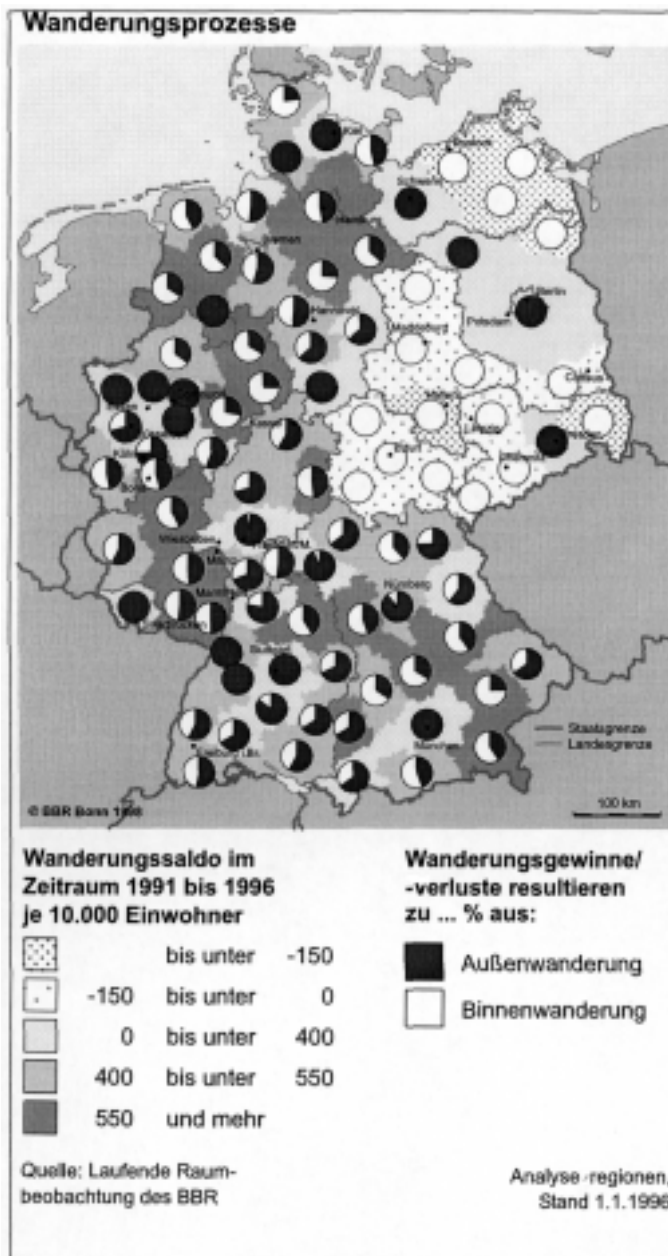
Profitierten im Westen vor allem die Verstäderten und Ländlichen Räume von diesen Wanderungsprozessen, so waren es im Osten die Agglomerationsräume (vgl. Abb. 1). Während die Verstäderten und Ländlichen Räume der alten Länder in den sechs Jahren seit 1991 einen Wanderungsgewinn von mehr als 520 Personen je 10 000 Einwohner realisierten, so erreichten die ostdeutschen Agglomerationsräume immerhin noch einen Zuwachs von 186 Personen je 10 000 Einwohner. Demgegenüber wiesen die Verstäderten und Ländlichen Räume der neuen Länder, so wie bisher, die höchsten Wanderungsverluste auf (> 100 Personen je 10000 Einwohner).

Wanderungsprozesse werden im Allgemeinen als ein wirksamer Gradmesser regionaler Disparitäten angesehen. Wenn hier nun auf eine Normalisierung der Wanderungsprozesse seit 1990 aufmerksam gemacht wird, dann schließt diese Feststellung ein, daß sich die Wanderungsprozesse in den Jahren zuvor (1989/90) "unnormal" gestalteten. Aber "unnormal" in welchem Sinne? Gemeint sind hier weniger das Wanderungsverhalten der Bevölkerung, als vielmehr das Ausmaß, die Struktur und Selektivität dieser Wanderungsprozesse im Vergleich zu früheren Zeitpunkten. Das Wanderungsverhalten selbst, insbesondere das der Ostdeutschen, hat sich in dieser Umbruchphase nahezu "lehrbuchreif" an den neuen regionalen Disparitäten ausgerichtet. Entsprechend den tiefgreifenden Ost-West-Unterschieden, die sich nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung durch nahezu alle Lebensbereiche zogen, gestalteten sich im wesentlichen auch die Binnenwanderungsprozesse.

So ungewöhnlich, wie dieser Prozeß der deutschen Wiedervereinigung war, so ungewöhnlich gestalteten sich auch die Wanderungsprozesse. Besonderheiten zeigten sich in dieser Zeit vor allem

- bei der Alters- und Geschlechterstruktur,
- im Verhältnis von klein- und großräumiger Wanderung,
- in bezug auf die regionalen Schwerpunkte der Wanderung u.a.m.

Auch in bezug auf die Intensität der Wanderungsprozesse gibt es markante Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung. So ist die westdeutsche Bevölkerung nach



wie vor erheblich mobiler als die ostdeutsche, was sicherlich auch der spezifischen Entwicklung in der DDR geschuldet ist (Abschottung nach Außen, fehlender Arbeits- und Wohnungsmarkt, Zentrenorientierung u.a.). Trotz dieser an sich geringeren Mobilitätsbereitschaft der Ostdeutschen standen den Binnenwanderungsgewinnen der westdeutschen Regionen anfangs exorbitant hohe Binnenwanderungsverluste der ostdeutschen Regionen gegenüber. In dem Maße, wie diese Ost-West-Disparitäten abgebaut werden, kann man auch von einer Normalisierung dieser Entwicklung ausgehen, wobei dieser Prozeß bereits in vollem Gange ist.

**W**esentliche Normalisierungsphänomene sind in diesem Zusammenhang u.a.:

- der Abbau der einseitigen Ost-West-Wanderungsverflechtungen;
- die Verringerung der durchschnittl. Wanderungsdistanz;
- die kontinuierlich steigende Mobilität der Ostdeutschen;
- der steigende Anteil der Frauen an den W-O-Wanderungen.

Die Entwicklung der siedlungsstrukturelevanten Wanderungsströme, hier gefaßt über die Wanderungen zwischen den einzelnen Kreistypen, veranschaulichen die neuen Muster der Binnenwanderung. Die Binnenwanderung führt inzwischen auch in den neuen Ländern zu einer Modifizierung der Siedlungsstruktur, wie sie aus den alten Ländern schon lange bekannt ist. Während im Westen, einmal abgesehen von den rückläufigen Binnenwanderungsgewinnen aus den neuen Ländern, die regionalen Wanderungsströme traditionell in Richtung "Suburbanisierung" und "Dekonzentration" laufen, ist dieser Trend in den neuen Ländern noch sehr jung. Der Wandel der jeweils 20 intensivsten Binnenwanderungsströme (Saldo der Zu- und Fortzüge je 10000 Einwohner) der Jahre 1991 und 1996 zeigt, daß sich das Wanderungsverhalten der Ostdeutschen dem der Westdeutschen spürbar angenähert hat.

**G**eezielte Korrelationsanalysen zur Untersuchung der Abhängigkeit interregionaler Wanderungsprozesse von regionalen Struktur- und Entwicklungsindikatoren zeigen, daß sich im Zeitraum 1991 bis 1996 sowohl die Intensität der Wanderungen als auch der Wandel des Wanderungsverhaltens durchaus in Abhängigkeit vom regionalen Disparitätengefüge gestalteten. Erste Korrelationsanalysen offenbarten, daß

- sich die spezifischen Abhängigkeitsmuster der Wanderungsprozesse vor allem in der Kumulation von Außen- und Binnenwanderung zeigen,
- sich die Binnenwanderung (BW) stärker als die Außenwanderung an regionalen Strukturen orientiert,
- die regionalen Binnenwanderungsströme in starkem Maße vom Wanderungsverhalten der Deutschen geprägt werden;
- sich das BW-verhalten der Ausländer weniger als das der Deutschen am regionalen Disparitätengefälle orientiert,
- die O-W-Wanderungsverflechtungen ( $O \leftrightarrow W$ ) ähnliche Abhängigkeitsmuster wie die BW insgesamt
- das sich Wanderungsverhalten der Ostdeutschen wesentlich stärker als das der Westdeutschen am regionalen Disparitätengefälle des Wohnungs-, Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes sowie der Wirtschaftskraft orientiert.

**D**ie Ergebnisse dieser Forschungsarbeit werden in der Reihe Forschungen des BBR, Heft 11/12 1998 veröffentlicht. Das Thema dieses Heftes, in dem noch viele andere interessante Beiträge veröffentlicht werden, lautet voraussichtlich "Wanderungen – Regionale Strukturen und Trends".

Steffen Maretzke, BBR Bonn

### Ordentliche Mitgliederversammlung 1998 der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

Am 3. September 1998 wurde die jährliche Mitgliederversammlung unserer Gesellschaft durchgeführt. Auf der Tagesordnung stand auch die Wahl eines neuen Vorstandes. Zu Beginn dieser Veranstaltung wurden die folgenden Personen bzw. Institutionen als neue Mitglieder aufgenommen:

- Frau Betty Misfeld, Frankfurt/Oder
- Frau Dr. Karin Müller, Rostock
- Privatinstitut für Angewandte Demographie Berlin (IFAD)
- Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Khalatbari, konnte in seinem Bericht eine sehr positive Bilanz ziehen. So wurden 1998 u.a. 5 interessante Arbeitskreistagungen durchgeführt:

- Fehlbildungserfassung in der Region Magdeburg (Prof. Volker Steinbiker)
- Demographische Aspekte und reformerische Perspektiven der Rentenproblematik (Prof. Eckart Bomsdorf)
- Transformation in Osteuropa - Arbeitsmigration und informelle Wirtschaft (Dr. Arndt Hopfmann)
- Entwicklung der wichtigsten Altersgruppen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens bis 2050 und ihre Bedeutung für Europa (Dr. Johannes Otto)
- Aktuelle Migrationsprozesse in Deutschland (Dr. Steffen Maretzke) und in der gleichen Veranstaltung:
- Die Binnenmigration in die Uranprovinzen des Erzgebirges (Dr. Rainer Karlsch).

Auch die Teilnahme unserer Gesellschaft mit einer eigenen Veranstaltung innerhalb der Statistischen Woche (1998 zum vierten Mal) gestaltete sich sehr erfolgreich. Besonders gewürdigt wurde zudem die neue Qualität der "Mitteilungen" unserer Gesellschaft, die informativer und attraktiver geworden sind. Zudem gehören auch zwei neue Veröffentlichungen zur positiven Bilanz dieses Berichtsjahres, die in der Regie von Dr. Rembrand Scholz herausgegeben wurden:

- Ausgewählte Referate unserer Veranstaltung auf der Statistischen Woche in Karlsruhe 1996 zur Fertilitätsentwicklung sowie
- Referate der Konferenz in Bielefeld 1997 zur regionalen Mortalität.

Die verbesserte Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft mündete in einer gemeinsamen "Malthus-Konferenz" in Berlin. Das gewachsene Ansehen unserer Gesellschaft dokumentiert sich auch der Unterstützung der internationalen Konferenz des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) im Jahre 2003 in Berlin.

Kritischer wurde vom Vorsitzenden die eingeschränkte Funktionsfähigkeit unseres Vorstandes gesehen. Deshalb stimmte die Mitgliederversammlung einer Neuregelung der Geschäftsordnung zu, der zufolge der Vorstand nur noch 2-3mal im Jahr tagt und in der Zwischenzeit der Vorsitzende, sein Stellvertreter und der Schatzmeister die laufenden Geschäfte führen. Das Angebot zur uneingeschränkten Teilnahme von Mitgliedern an den Vorstandssitzungen wurde erneuert. Dem Bericht des Schatzmeisters, Dr. Scholz, folgte eine ausführliche Diskussion. Abschließend wurde der neue Vorstand gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt:

Prof. Parviz Khalatbari (Vorsitzender); Dr. Harald Michel (stv. Vorsitzender); Dr. Rembrandt Scholz (Schatzmeister) sowie Prof. Eckart Elsner, Dr. Matthias Förster, Prof. Gerhard Gröner und Dr. Steffen Maretzke.

Karin Richter

Kurz nach Kriegsende begann in Sachsen und Böhmen ein Uranboom. Die Sowjetunion benötigte das Uran aus dem Erzgebirge dringend für ihr Atomprojekt. Ausreichende eigene Vorkommen standen dem Land damals nicht zur Verfügung. Zur Schließung der "Uranlücke" wurden in kurzer Zeit in der SBZ und CSR große Bergbauunternehmen, die Wismut AG und das Nationalunternehmen Jachymov, aufgebaut. Die Wismut AG war ein reiner Reparationsbetrieb, der sich bis Ende 1953 vollständig in sowjetischer Hand befand.

Gravierendster Engpaß war die Gewinnung von Arbeitskräften für die Uranminen. Dieses Problem wurde in der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1950 vorwiegend durch den Einsatz von Zwangsverpflichteten gelöst. Die SMAD forderte in dieser Zeit per Befehl pro Jahr bis zu 120 000 Arbeitskräfte für den Uranbergbau an. Der Kontrollratsbefehl Nr. 3 legitimierte das sowjetische Vorgehen. Als Folge des Aufbaus der Uranindustrie in rasantem Tempo kam es zu einer Binnenwanderung von beträchtlichem Ausmaß. Allein bis 1950 fanden mehr als 400 000 Personen, darunter ca. 15 Prozent Frauen, für jeweils mindestens 6 Monate, oft bis zu zwei Jahren und länger, Anstellung bei der Wismut AG.

Infolge der hohen Fluktuation, Zehntausende flüchteten nach dem Erhalt ihrer Verpflichtung für den Uranbergbau in die Westzonen, außerdem waren viele zum Uranbergbau vermittelte Personen gar nicht bergbautauglich, schwankten die Beschäftigtenzahlen bei der Wismut AG in den ersten Nachkriegsjahren stark. Dies erschwerte bis heute die Erfassung der Beschäftigtenentwicklung und -struktur.

Vermutungen, wonach der größte Teil der Beschäftigten der Wismut AG, vor allem aus Vertriebenen und Heimkehrern bestanden haben soll, fanden keine Bestätigung. Ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten des Unternehmens, lag sogar noch unter den durchschnittlichen Werten der Beschäftigung von Vertriebenen in der sächsischen Industrie. Allerdings nahmen aus Schlesien stammende Bergleute, aufgrund ihrer Qualifikationen und

Berufserfahrung, einen überproportional hohen Anteil an den Führungspositionen bei der Wismut AG ein.

Annähernd 60 Prozent der neuen Bergleute kamen aus Sachsen.

D.h. beim Aufbau der Wismut AG fanden überwiegend Bevölkerungsbewegungen in Sachsen statt, die zu einem schnellen Wachstum der Bergbaustädte (Johanngeorgenstadt, Schlema, Annaberg, Zwickau u.a.) und Kreise führten. Die Behörden versuchten einer "Überfüllung" der Bergbaukreise und damit der Zunahme sozialer Spannungen entgegenzuwirken, indem der Zuzug in diese Kreise

nur noch Bergleuten ohne ihre Familienangehörigen gestattet wurde. Außerdem fanden auch gezielte Aussiedlungen von "Bergfremden" statt. Der Umfang dieser "Remigration", die überwiegend Flüchtlingsfamilien betraf, sollte jedoch nicht überschätzt werden.

Der Höhepunkt der Beschäftigtenentwicklung bei der Wismut AG wurde 1950 mit ca. 200 000 Personen erreicht. Damit war die Wismut AG der mit Abstand größte Betrieb in der DDR.

Seit Beginn der fünfziger Jahre läßt sich ein Wechsel im Betriebsregime konstatieren. Mit vielfältigen Leistungsanreizen und harten Auswahlkriterien versuchte die Direktion, eine motivierte Stammebelegschaft aufzubauen. Jetzt meldeten sich mehr Personen freiwillig zum Uranbergbau, als überhaupt gebraucht wurden. Bis Anfang der sechziger Jahre wurde die Belegschaft auf ca. 45 000 Beschäftigte reduziert und blieb dann annähernd konstant bis 1990.

#### Literatur:

- Rainer Karlsch/Harm Schröter (Hg.), "Strahlende Vergangenheit". Studien zur Geschichte der Wismut, St. Katharinen 1996
- Rainer Karlsch, Der Aufbau der Uranindustrie in der SBZ/DDR und CSR als Folge der sowjetischen "Uranlücke", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1996/1
- "Der Anschnitt". Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, 1998/1-2 (Sonderheft)

### ***Die Migration in das Uranbergbaugebiet des Erzgebirges nach 1945***

Dr. Rainer Karlsch, HU Berlin  
Institut für Wirtschaftsgeschichte

## ***Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert***

Ein 2. Colloquium am 15. - 17. Juli 1998 in Bad Homburg

Über das 1. Colloquium zum Thema im Juli 1997 ist hier berichtet worden. Absicht war diesmal die Präsentation und Diskussion von Vorschlägen zu anstehenden Untersuchungen. Auch das 2. Colloquium wurde durch das BMBF ermöglicht. Das Colloquium war die zweite gemeinsame Beratung von Historikern, Soziologen und Bevölkerungswissenschaftlern zur Geschichte der Bevölkerungswissenschaft. Es sollte den Entwurf eines die intendierten Einzeluntersuchungen verknüpfenden Forschungsprogramms diskutieren.

Die Themenvorschläge zeigten erneut die Vielfalt der aufzuwerfenden Forschungsfragen und die unterschiedlichen Perspektiven der jeweiligen Fachdisziplinen. Neben "Bevölkerungsfragen im Nationalsozialismus" soll vor allem der "Verwissenschaftlichung des Sozialen" (einschließlich einer Biologisierung) ein hoher Stellenwert in den gemeinsamen Forschungsbemühungen zukommen. Als eine Entwicklung von Ideen, Methoden und Verfahren sowie ihren historischen Kontinuitäten und Brüchen muß neben der alten Bundesrepublik auch die Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in der DDR einbezogen werden.

Inhaltliche Querbezüge und Zusammenhänge unter den Themenvorschlägen bestehen insbesondere bei

- der historischen Perspektive und im internationalen Ver-

gleich;

- Personen, Biografien, Karrieren und Bedürfnislagen, Ideen;
- Binnenstrukturen, Institutionen, Beziehungsnetzen;
- Anwendung(sintention), Politiknähe und Öffentlichkeit (swirkung);
- wissenschaftlichen und populistischen Weltbildern;
- Methoden und Theorien einerseits und Verfahren der amtlichen Statistik bzw. demograph. Entwicklung andererseits.

Insgesamt sahen die Teilnehmer des Colloquiums aufgrund der Themenvorschläge und ihrer Zusammenhänge eine gute Basis, um die Einrichtung eines Forschungsschwerpunktes bei der DFG zu beantragen.

Zur Eröffnung des Colloquiums konnten druckfrisch die aus dem ersten Colloquium hervorgegangenen Veröffentlichungen des kommentierten Literaturberichts "Bevölkerungswissenschaft - Quo vadis?" (von Bernd vom Brocke), und die - erweiterte - Dokumentation "Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften" (hrsg. v. Rainer Mackensen) aus dem Verlag Leske und Budrich, Opladen, vorgelegt werden. Hinzu kam eine Untersuchung der "Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland" von 1945 bis 1992 (von Siegfried Grundmann).

**R. Mackensen, W. Serbser**

Anlässlich des 200jährigen Erscheinens seines "Essay on the principle of population..." fand Ende 1998 eine Malthus-Konferenz statt (dessen langer Titel auf deutsch lauten würde: "Eine Abhandlung über

das Bevölkerungsgesetz, wie es die zukünftige Verbesserung der Gesellschaft beeinflusst, mit Bemerkungen über die Spekulationen von Herrn Godwin, Herrn Concordet und anderen Autoren"). Die Unterstützung und Wertschätzung dieser Veranstaltung durch die Humboldt-Universität zu Berlin kam in der Eröffnung durch die Vizepräsidentin, Frau Ursula Schäfer, zum Ausdruck. Ende 1990 hatte dort anlässlich seines bevorstehenden 225. Geburtstages bereits eine intern. Malthus-Konferenz am damaligen Institut für Demographie stattgefunden.

Thomas Robert Malthus ist aus der Bevölkerungsfrage nicht wegzudenken. Bis heute ist er der bekannteste Bevölkerungstheoretiker der Welt, wenn auch gleichzeitig der umstrittenste und wegen der reaktionären Konsequenzen seiner Theorie wohl auch der am meisten gehaßte Mann seiner Epoche.

## Malthus - Konferenz in Berlin

vom 3. – 4. Dezember 1998

Erste gemeinsame Veranstaltung

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie/  
Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft

Der Bevölkerungssoziologe Hans Linde formulierte einmal treffend: "Es ist vielleicht schon an sich verwunderlich, daß sich die Theorie der Bevölkerung der von Malthus

formulierten `Bevölkerungsfrage` nicht entziehen konnte, so daß praktisch die Bevölkerungstheorie und die Malthuskontroverse nur zwei Bezeichnungen ein und derselben Sache sind" (in "Die Bedeutung von Thomas Robert Malthus für die Bevölkerungssoziologie" 1962).

Daß auch heute noch über Malthus und sein Werk diskutiert wird, ergibt sich aus der immerwährenden Aktualität der von ihm für das heraufziehende kapitalistische Industriezeitalter aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis von Bevölkerungswachstum und Ressourcen im weitesten Sinne. Im folgenden werden in z.T. leicht gekürzter Form die Abstracts der Referate wiedergegeben, die auf der Konferenz gehalten wurden.

Karin Richter

### Malthus und die unerträglichen Wahrheiten der Gegenwart

Der Referent hält sich an die 6. Auflage "letzter Hand" von Thomas Robert Malthus "Essay on Population" von 1926 und stellt sich - nach einem geistes- und sozialwissenschaftlichen Rückblick - die schon von Lord Keynes gestellte Frage: was wäre aus Europa geworden, wären nicht Adam Smith und David Ricardo die Grundlage seiner kapitalistischen Umgestaltung geworden, der erst über langwierige soziale Kämpfe zu ihm geführt hat, sondern die Malthus'sche Armut der Nationen, die ebenfalls die Mittel zu ihrer Bekämpfung in sich trug?

Schmid verweist auf Malthus' lebenslanges Bestreben, die Mechanismen aufzuspüren, die in vielen Teilen Europas die von ihm analysierte Verelendung offensichtlich verhindern. Außer Spätheirat und Askese schlägt Malthus ein Erziehungsprogramm vor, das zu dem führen würde, was heute "verantwortliche Elternschaft" genannt wird und Teil der Entwicklungspolitik geworden ist.

Malthus hat vor den Folgen von Armenhilfe und Fürsorge gewarnt, weil sie die Erziehung verarmter Vorstädter und entwurzelter Landbewohner für die gefährlichen, wenn auch verheißungsvollen Laissez-faire-Verhältnisse hintertreibe. Daraus folgen für die Gegenwart, d.h. für eine sentimentalisierte Spätzivilisation nur schwer erträgliche Eingeständnisse: die "malthusianische Verelendungsfalle" stellt sich in der Dritten Welt gerade über Technologietransfer und Ernährungshilfe ein und treibt die Masse der Kleinbauern und dorfgebundenen Frauen in die Nachwuchsproduktion. In der modernen Welt dürfte sich ein Widerspruch zwischen Demokratie und Demographie anbahnen. Hier gerät der Sozialstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft, die je nach Wahlkonjunktur die Gesetze ökonomischen Haushaltens mißachtet und im Zuge demographischen Alters ihren Bankrott herbeiführt.

Malthus hat - wie oft unterschlagen wird - nach Auswegen aus seinem Verarmungsdilemma zwischen Menschenvermehrung und Güterknappheit gesucht. Uns ist es aufgegeben, nach Auswegen aus dem demographischen Dilemma der Gegenwart zu suchen und das von Malthus vorgegebene Spannungsverhältnis von Mensch und Daseinsform in Quantität und Qualität zu beachten.

Josef Schmid, Universität Bamberg

### Malthusianismus, Neomalthusianismus und Bevölkerungswissenschaft

Malthusianismus als Ausdruck, als Schlagwort für die Beschäftigung mit dem Überbevölkerungsproblem, mit dem Problem eines unerwünscht starken und die Sozialsysteme der betroffenen Länder bedrohenden Bevölkerungswachstums ist heute auch den Nicht-Demographen geläufig; besonders schnell wachsende Bevölkerungen - vor allem in den Entwicklungsländern - werden heute auch in der entwicklungs-politisch-demographischen Fachliteratur *malthusianische Bevölkerungen* genannt.

Der Malthusianismus hat, neben dem, was Wissenschaftler darunter verstehen, vor allem eine pseudo-wissenschaftliche Ausprägung. Was der *Sozialdarwinismus* für das empirische und theoretische Werk von Charles Darwin darstellt: nämlich jedenfalls eine Aberration in die Populärwissenschaft, das bedeutet der *Malthusianismus* für das nationalökonomische Werk von Thomas Robert Malthus. Und wie der Sozialdarwinismus

*Malthusianismus wie Neomalthusianismus sind auch Namen für die Bevölkerungswissenschaft, als es diese noch gar nicht als anerkannte Wissenschaft gab.*

eine eigene Bedeutung in der Geschichte des politischen Denkens und Handelns der letzten 100 Jahre erhalten und eine nicht unbedeutende, wenn auch nicht gerade rühmliche Rolle gespielt hat, so hat auch der Malthusianismus nun schon 200 Jahre lang die wissenschaftliche Diskussion des Bevölkerungsgesetzes politisch - nicht immer bevölkerungspolitisch - begleitet.

Malthusianismus ebenso wie der Neomalthusianismus sind nicht nur Bezeichnungen für das, was die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts einfach als Bevölkerungsfrage, als Bevölkerungsproblem betrachteten, die beiden Begriffe sind auch Namen für die *Bevölkerungswissenschaft*, als es diese noch gar nicht als eigene Disziplin im Reigen der anerkannten Wissenschaften gab.

Peter Marschalck, Universität Osnabrück

### **Die Lehre der Malthus-Theorie an der Staatlichen Universität Moskau**

Julia Potanina, Lomonossov-Universität Moskau

Verschiedene Faktoren beeinflussten die Lehre von Thomas Robert Malthus im Sozialismus. Wichtigster Faktor: die öffentliche Bevölkerungspolitik war pronatalistisch. Damit war die antinatalistische Perspektive von Malthus, die auch antiproletarisch war, Ziel der Kritik in der sozialistischen Periode. Gleichzeitig haben einige Wissenschaftler den Malthusianismus aus einer undogmatischen Sicht betrachtet (M. Ptukha, ein ukrainischer Demograph, 1972).

Die Lehre wurde beeinflusst von der Diskussion über die Rolle der biologischen und sozialen Aspekte der Bevölkerungsreproduktion. Es war akzeptiert, daß Malthus die Bedeutung der biologischen Seite des Prozesses übertrieben hat. Die russischen Soziologen A. Kharchev und P. Matskovsky stellten fest, daß ein Individuum seine biologische Funktion kontrollieren kann.

Die ökonomischen Reformen und Theorien, die die Rolle der öffentlichen Unterstützung erklären, hatten Auswirkungen auf die Lehre der Malthus-Theorie an der Moskauer Universität. Letztendlich basiert die Malthus-Theorie auf einer rationalen Herangehensweise an Armut, die die menschlichen Präferenzen auf Nahrung und Sexualität reduziert. Malthus` und ähnliche Richtungen betrachten Armut als Armutselend/Pauperismus und soziale Krankheit, die eliminiert werden kann. Sie argumentieren, daß Arme kontrolliert und zu vernünftigen sozialen Aktivitäten stimuliert werden müssen.

Rußland erlebt gerade eine Periode der Rückbesinnung auf seine historischen und religiösen Traditionen, bei denen Armut als von Gott gegebene und nicht von Menschen geschaffene Erscheinung betrachtet wird. Armenhilfe wurde als Art Barmherzigkeit mit Nutzen für die eigene Seele betrachtet. Aus dieser Position sollte Armut nicht abgeschafft, sondern erleichtert werden.

### **Der Beitrag von Thomas R. Malthus zur Bevölkerungswissenschaft und zur ökonomischen Theorie**

Gunter Steinmann, Universität Halle

Der Beitrag gliedert sich in vier Abschnitte: Leben, wissenschaftliches Werk, Einfluß auf die englische Wirtschafts- und Sozialpolitik und Wirkungen auf die Nachwelt. Wenn Malthus auch mit Recht als großer klassischer Ökonom eingestuft wird, so war er doch in erster Linie ein *Demograph*. Er stellte die noch heute die Bevölkerungsdebatte beherrschende Frage nach den ökonomischen Ursachen und Folgen des Bevölkerungswachstums und formulierte das Bevölkerungsgesetz, das seinen herausragenden Platz in der Geschichte der Demographie und Ökonomie begründete und sicherte.

Aus heutiger Sicht liegt die herausragende wirtschaftstheoretische Leistung von Malthus in seiner Ablehnung des Sayschen Theorems. Das Saysche Gesetz, demzufolge "Jedes Angebot sich langfristig seine eigene Nachfrage schafft" schloß die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion aus. Das Saysche Gesetz wurde von Ricardo übernommen und zentraler Bestandteil der klassischen und neoklassischen Orthodoxy, die Absatzkrisen als kurzfristige und vorübergehende Erscheinungen ansah. Malthus konnte sich dieser Deutung nicht anschließen. Er wies auf das Problem der Gefahr eines allgemeinen Nachfragemangels hin und wurde damit zum Streiter wider die klassische Orthodoxy. Zur Förderung der wirksamen Nachfrage und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit schlug Malthus öffentliche Arbeitsmaßnahmen und öffentliche Investitionen vor.

In der wirtschaftstheoretischen Auseinandersetzung trug allerdings Ricardo den Sieg davon. Malthus wurde nur als der Entdecker des Bevölkerungsgesetzes respektiert. Als Ökonom bekam er erst ein Jahrhundert später Anerkennung, als Keynes Malthus als seinen Vorläufer einstuft.

## **Zur Rezeption der Malthusschen Theorie nach hundert Jahren**

Jürgen Cromm, Universität Augsburg

Im 19. Jahrhundert in Deutschland wird Malthus hauptsächlich in Verbindung mit dem beobachteten Pauperismus-Problem diskutiert. Die meisten Autoren deuten dieses als Bevölkerungsfrage im Sinne einer bedrohlich erscheinenden Zunahme der "nichtbesitzenden gegenüber der besitzenden Classe". Die Sozialisten aber sehen darin ein rein gesellschaftliches Problem. Die landwirtschaftliche und auch die industrielle Entwicklung lassen manche jedoch "optimistisch" in die Zukunft blicken.

Gegen Ende des Jahrhunderts zeichnet sich ein Geburtenrückgang (trotz der Erweiterung der Unterhaltsmittel) und ein gewisser sozialer Fortschritt ab. Die Diskussionen um Malthus gewinnen damit neue Aspekte. Die Versuche, Erklärungen der neuen (generativen) Verhaltensweisen mit Malthus`s Lehre in Zusammenhang zu stellen, offenbaren den großen Auslegungsspielraum seines Werkes.

Der populärste Erklärungsversuch von Bevölkerungsvorgängen und der Familienbildung und -erweiterung wird nun die sogenannte Wohlstandstheorie. Diese findet jedoch auch Kritiker im bürgerlichen Lager.

Für die meisten gilt Malthus` Theorie nicht oder als überholt, da ganz offenbar die Ausweitung des Nahrungsspielraums sowohl auf aggregierter als auch auf individueller Ebene nicht zur Vergrößerung, sondern zur Einschränkung der Kinderzahl führt. Binnen kurzer Zeit erfährt dieses Phänomen einen Wandel in der Bewertung. Neben der positiven Möglichkeit der Lösung der sozialen Frage wird jetzt negativ ein neues nationales Problem befürchtet, insbesondere beim Vergleich mit anderen weniger wohlhabenden oder kulturell "niedriger stehenden Völkern".

Malthus bleibt bei den ein weites politisches Spektrum umspannenden Diskussionen weiterhin ein Anknüpfungspunkt. Und auch hundert Jahre nach seinem Tode hat sich noch keine einhellige Meinung über den Wert seiner berühmten Schrift gebildet

### **Implosion oder Explosion. Perspektiven zur globalen Bevölkerungsdynamik 200 Jahre nach Malthus**

Ralf Ulrich, Humboldt-Universität Berlin

Der Beitrag behandelte aktuelle Prognosen zur Weltbevölkerung. Die UN Population Division hat ihre November 1998 veröffentlichten Weltbevölkerungsprognosen erneut nach unten korrigiert. Bis Mitte der 80er Jahre dominierten "neomalthusianische" Befürchtungen die Diskussion über die demographischen Perspektiven im 21. Jahrhundert. Seit einigen Jahren wird zunehmend auch eine Implosion der Weltbevölkerung befürchtet. Der Autor analysierte die Annahmen der UNO-Projektionen und wies darauf hin, daß nur 11 Länder zwei Drittel der jüngsten Umbewertung bestimmen. Neben Ländern, für welche Prognosen nach unten korrigiert wurden, führte er auch Länder auf, deren Prognosen höher als in der Vergangenheit ausfielen. Das Tempo des zukünftigen Fruchtbarkeitsrückgangs in Entwicklungsländern werde zu einem erheblichen Teil von der Fortsetzung bestehender Familienplanungsprogramme und der Unterstützung der westlichen Industriestaaten abhängen.

**Malthus:  
Der perennierende Mythos**  
Rainer Mackensen, Technische Universität Berlin

**Malthussche Bevölkerungstheorie  
Eine kritische Betrachtung**  
Parviz Khalatbari, Humboldt-Universität Berlin

Wegen der seit zweihundert Jahren vorherrschenden Mythenbildung um die Aussagen und Leistungen des Malthus wird hier auf die Ursprünge des Streits zurückgegriffen: auf die Auseinandersetzung des Malthus mit William Godwin. Dabei werden nicht die bevölkerungswissenschaftlichen und -politischen Thesen, sondern die wissenschaftstheoretischen Positionen in den Vordergrund gestellt. In einer Analyse insbesondere derjenigen Abschnitte der Schriften, die sich mit den Thesen Godwins auseinandersetzen, werden grundsätzliche Anliegen von Malthus herausgearbeitet und die Entwicklung seiner Vorstellungen infolge seiner empirischen Untersuchungen nachgewiesen. Seine wissenschaftliche Leistung wird dabei in der Zurückweisung schicksalhafter Gesetzmäßigkeiten und in der Annahme selbstverantwortlichen Handelns erkannt.

Diese Leistung erwächst jedoch erst aus den Untersuchungen, zu welchen sich Malthus aufgrund des starken, aber widersprüchlichen Echos auf sein Pamphlet gezwungen sah. Dabei gelingt ihm jedoch weder eine konsistente theoretische Formulierung des von ihm behandelten Problems - der Determinanten der Bevölkerungsentwicklung im Verhältnis zur verfügbaren Nahrungsbasis - noch eine schlüssige empirische Beweisführung. Damit werden insbesondere der Essay in seiner ersten Form von 1789, auf welche sich die späteren Auseinandersetzungen vor allem beziehen, vollständig, aber auch seine weiteren Untersuchungen als überholt und unmaßgeblich vorgeführt. Auch seine prinzipiellen Aussagen zur Bevölkerungstheorie erscheinen in diesem Licht als unerheblich; seine empirischen Beobachtungen sind entweder überholt oder ungenau und in ihren Aussagen unbefriedigend.

Deshalb bleibt als Leistung, deren Gedenken gerechtfertigt erscheint, sein - freilich nicht als solches empfundenes und dargestelltes und nicht abgeschlossenes - Bemühen um eine Sicht der Welt und des Menschen, das sich in die maßgebliche Entwicklung sowohl der Sozialwissenschaften wie aber auch der öffentlichen Welt als wichtiger Schritt einfügt.

Malthus betrachtet den Menschen prinzipiell als ein biologisches Wesen und meint, daß die Vermehrung der Menschen dem allgemeinen Vermehrungsgesetz in der Natur unterworfen ist. Er glaubt, daß alle Lebewesen die Tendenz haben, sich in geometrischer Progression zu vermehren. Wenn sie sich frei entfalten könnten, würden sie innerhalb von wenigen tausend Jahren Millionen Welten füllen (erstes Essay, S.71/72 und zweites Essay, S.14).

Dennoch wird diese Tendenz gehemmt. Um zu leben und sich zu vermehren, braucht jede Art Nahrung und Raum. Die Natur ist aber "verhältnismäßig sparsam mit dem Platz und den Nahrungsmitteln umgegangen".

Aus diesen natürlichen Gegebenheiten formuliert Malthus seinen Grundgedanken: Alle Lebewesen haben die dauernde Neigung, sich weit über das Maß der für sie bereitgestellten Nahrungsmittel zu vermehren (2. Essay, S.14). Diese Tendenz kann sich aber nie durchsetzen, da "die Population immer auf das Niveau des Nahrungsspielraums herabgedrückt" wird. Dieser Gedanke Malthus's hat später Schule gemacht. Sein Standpunkt wurde und wird bis zum heutigen Tag von einer Reihe von prominenten Wissenschaftlern vertreten. Aber die Gegner dieses Standpunktes waren und sind nicht weniger prominent. Damit hat Malthus eine Diskussion eröffnet, die bis heute andauert. Vor allem deshalb, weil Malthus versuchte, diese von ihm erfundenen "Gesetze" auch auf die Gesellschaft auszudehnen und daraus das allgemeine Gesetz der Vermehrung in der Gesellschaft zu formulieren. Dieser Versuch mußte jedoch aus objektiven Gründen fehlschlagen.

Die Sicht von Malthus war zwangsläufig weitgehend auf die ökonomisch-sozialen Verhältnisse in agraren Gesellschaften ein-geengt. Von seiner Theorie konnte man bestenfalls Aussagen über Agrargesellschaften erwarten. Aber in bezug auf die ganze Geschichte der Menschheit ist diese Theorie, von ihrer Substanz her, offensichtlich sehr wenig bzw. gar nicht aussagefähig.

**Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden**  
In seinem Schlußwort zur Malthus-Konferenz äußerte der 1. Präsident der DGBw, Johannes Otto, die Hoffnung, daß diese Konferenz nicht die letzte gemeinsame Veranstaltung der beiden demographischen Gesellschaften in Deutschland war.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung von derzeit 5,9 Milliarden bis zum Jahr 2050 auf 9,4 Milliarden Menschen anwachsen. Diese Berechnungen sind in einer Ende September veröffentlichten Studie des Washingtoner Worldwatch Institute in Zweifel gezogen worden. Die Studie mit dem Titel "Beyond Malthus" weist darauf hin, daß in mehreren Ländern, die in den vergangenen Jahrzehnten ein starkes Bevölkerungswachstum verzeichneten, jetzt bereits Anzeichen einer "demographischen Ermüdung" erkennbar seien. Es sei damit zu rechnen, daß sich schon in wenigen Jahren eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung einstelle - nicht weil die Geburtenrate zurückgehen, sondern weil die Sterberaten stark ansteigen.

"Die Umkehr im Trend der Sterberaten ist eine tragische neue Entwicklung in der Welt-Demographie", erklärte Worldwatch-Präsident Lester Brown, einer der Autoren, bei der Vorstellung der Studie in Washington. Die anderen Autoren sind Gary Gardner und Brian Halweil.

Die gängigen Bevölkerungsprognosen orientieren sich an einem Drei-Phasen-Modell des "demographischen Übergangs", das besagt, daß in der ersten Phase die Geburten- und Sterberaten hoch sind und deshalb das Bevölkerungswachstum gering ist. In der zweiten Phase sinken die Sterberaten durch Modernisierung des Gesund-

## Weltbevölkerung wächst langsamer



heitswesens und Verbesserung des Lebensstandards, während die Geburtenraten hoch bleiben. Das ist die Phase des starken Bevölkerungswachstums. Dann folgt die dritte Phase mit niedrigen Sterberaten und niedrigen Geburtenraten. In dieser Phase, in der sich praktisch alle Industrieländer befinden, kommt es wieder zu einer demographischen Stabilisierung.

Die Worldwatch-Studie geht davon aus, daß etliche Länder von Phase zwei in Phase eins zurückfallen. Als Beispiel werden Länder mit hohen HIV-Infektionsraten genannt. Während die Industriestaaten die Infektionsraten unter einem Prozent halten konnten, liege z. B. die Infektionsrate in Simbabwe bei 26%, in Botswana bei 25% und in Sambia bei 19%. Wenn nicht ein Wunder geschehe, würden diese Länder ein Fünftel ihrer Bevölkerung durch AIDS verlieren. Doch Seuchen seien nicht die einzige Bedrohung, heißt es in der Studie: Die Übernutzung der Wasserressourcen, Zerstörung und Erosion der Böden sowie das Absinken des Grundwasserspiegels führen heute schon in vielen Ländern zum Rückgang der Nahrungsmittelproduktion. Zu befürchten sei, daß ökologische Zerstörungen in Kombination mit sozialer Desintegration zu einer erneuten Zunahme der Sterberaten führten.

*E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit,  
39. Jg. Nr 12, Dezember 1998, S. 310*

Wie in den vergangenen Jahren führte die Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie auch 1998 im Rahmen der Statistischen Woche eine bevölkerungsstatistische Tagung zum Thema interregionale Wanderungen in Deutschland durch. Ca. 80 Teilnehmer waren der Einladung zu dieser Sitzung gefolgt. Das Programm war zugleich der aktuellen Entwicklung der Binnenmigration als auch grundlegenden migrationstheoretischen Fragen gewidmet.

Interregionale Wanderungen, d.h. Wanderungen zwischen den Teilregionen eines Staates, standen stets im Schatten internationaler Wanderungen, d.h. der Außenwanderungen. Vor allem in der öffentlichen Diskussion fanden bzw. finden Binnenwanderungen nur wenig Beachtung. Die Entwicklung der Zuzüge aus dem Ausland, die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, Aspekte der Integration von Ausländern, bestimmen wesentlich stärker die öffentliche Wanderungsdiskussion als die Entwicklung der Binnenmigrationsströme.

Im Rahmen von regionaldemographischen Analysen, vor allem in der Raum- und Regionalplanung, besitzt die Binnenmigration eine außerordentlich hohe Bedeutung. Hinsichtlich des Volumens waren die Binnenwanderungen stets wesentlich bedeutsamer als Außenwanderungen. Im Rahmen der Zuzüge in den Gemeinden sind Wanderungen aus anderen Gemeinden Deutschlands in der Regel um den Faktor 4 bis 5 höher als Wanderungen aus dem Ausland. Konzentrations- bzw. Dekonzentrationsprozesse einzelner Regionen sowie Suburbanisierungsprozesse beruhen weitgehend auf Binnenwanderungen, d.h. die räumliche Verteilung der Bevölkerung in den Teilregionen Deutschlands ist maßgeblich von den Binnenwanderungen abhängig. Das Bevölkerungswachstum der heutigen Großstädte und Ballungsräume Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beruhte in erster Linie auf Binnenwanderungen. Je kleiner die

## **Interregionale Wanderungen in Deutschland**

Tagung der  
Johann-Peter Süßmilch-Gesellschaft für Demographie  
auf der Statistischen Woche in Lübeck am 5. Oktober 1998

betrachtete Gemeinde oder der Landkreis ist, um so größer ist in der Regel die Bedeutung der Wanderungen, speziell der Binnenwanderungen, für die Bevölkerungsentwicklung

dieser Region. Der Grund hierfür besteht darin, daß in den meisten Regionen Deutschlands, oder auch in vielen anderen europäischen Regionen, die natürliche Komponente der Bevölkerungsentwicklung gerade ausgeglichen oder sogar negativ ist.

Die Ursachen und Konsequenzen der Binnenwanderungen sind überaus vielfältig. Sie betreffen ökonomische, gesellschaftliche, infrastrukturelle Aspekte, den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, den Verkehrsbereich usw. Die Ursachen und Konsequenzen wirken gleichzeitig auf der Individualebene, auf der Ebene von Haushalten und Familien, auf Gemeindeebene und auf der Ebene des Landes bzw. der Volkswirtschaft gesamt.

Es ist offensichtlich, daß die Vielfalt der Aspekte interregionaler Wanderungen sich nicht im Rahmen einer eintägigen Sitzung abschließend behandeln läßt. Aus diesem Grund war es erforderlich, bestimmte Teilaspekte in den Vordergrund zu stellen, die sowohl die Entwicklung und die Probleme des aktuellen Binnenwanderungsgeschehens besonders gut widerspiegeln als auch die in diesem Zusammenhang relevanten methodisch-theoretischen Aspekte erörtern. Das Programm umfaßte 9 Beiträge, die in zwei thematische Blöcke gegliedert waren: Die Themen der Vormittagssitzung betrachteten die Entwicklung der Binnenmigration insgesamt und waren von grundlegender Art, während die Themen der Nachmittagssitzung spezielle Aspekte der Binnenmigration in den Vordergrund stellten. Ein Tagungsband befindet sich z. Zt. in Arbeit. Die folgenden Abstracts geben einen kurzen Überblick über die thematische Vielfalt der auf der Tagung diskutierten Themen.

*E.-Jürgen Flöthmann*

## **Statistische Grundlagen der Binnenmigration**

Die Wanderungsstatistik das gesamte Bundesgebiet auf die Wanderungen über

zen innerhalb des Bundesgebiets (Binnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebietes (Außenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung gilt im allgemeinen jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige Wohnung oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Wohnung als alleinige Wohnung oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Nach dem Melderecht der Bundesrepublik Deutschland hat sich jede Person, die eine Wohnung bezieht bzw. aus einer Wohnung auszieht, innerhalb einer Woche beim zuständigen Einwohnermeldeamt an- bzw. abzumelden.

Die Wanderungsstatistik wird aus den Angaben erstellt, die eine Person bei der An- oder Abmeldung auf dem Meldeschein bekanntgibt. Bei der Binnenwanderungsstatistik ermitteln die Statistischen Landesämter zunächst für jede Gemeinde die Zu- und Fortzüge aus bzw. in eine andere Gemeinde ihres Landes, durch den Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern werden auch die Wanderungen von Bundesland zu Bundesland festgestellt.

Bei jedem Wanderungsfall werden Herkunfts- und Zielgemeinde sowie die personenbezogenen Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit erfaßt. Die Wanderungsstatistik ermöglicht Aussagen über die Zahl und Struktur der Zu- und Fortzüge sowie über die Reichweite der Wanderungsbewegungen.

*Hermann Voit, Statistisches Bundesamt Wiesbaden*

wird einheitlich seit 1950 für durchgeführt. Sie erstreckt sich die Gemeinde- und Kreisgrenzen

## **Trends der Binnenmigration in den 90er Jahren**

Nach Jahren des politischen Umbruchs mit starken Auswirkungen auf die Wanderungen scheint sich für die Binnenwanderungen in Deutschland eine gewisse Konsolidierung abzuzeichnen. In diesem Beitrag werden die regionalen Trends der Binnenmigration in den 90er Jahren untersucht. Für die alten Bundesländer wird danach gefragt, ob und in welchem Ausmaß die Trends der 80er Jahre, wie Nord-Süd-Wanderung oder Sub- und Desurbanisierung, wieder zum Tragen kommen. Für die neuen Länder sollen die konsolidierten Wanderungsströme auf neue Entwicklungen (wie nachholende Suburbanisierung), ältere Muster (z. B. geringe Mobilität) und Eingliederung in übergreifende Binnenmigrationen untersucht werden. Durchgängig wird dabei unterschieden zwischen den Wanderungen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung.

*Franz-J. Kemper, Berlin*

## **Verflechtungsmuster der Binnenmigration nach der deutschen Einigung**

Das Verschwinden des Eisernen Vorhangs im Jahre 1989 war der politische Auslöser eines demographischen Quantensprungs. Jahrzehntlang zwangsweise aufgestaute Mobilität brach sich ihre Bahn mit internationalen Ost-West-Wanderungen von historisch einmaliger Dimension. Die deutsche Einigung fügte dem noch eine Besonderheit hinzu: Ein Teil der bisherigen Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland wurde nunmehr zu Binnenwanderungen zwischen den alten und den neuen Ländern. Sie traten in Konkurrenz zu den bisherigen westdeutschen Wanderungen; dadurch bildeten sich neue Muster heraus.

Zwar haben sich die Ost-West-Wanderungen zwischenzeitlich auf eine "normale" Größenordnung reduziert, gleichwohl bewahrten sie eine politische Brisanz aufgrund ihrer Altersselektivität wie auch ihrer räumlichen Inzidenz.

- Die neuen Länder verlieren insbesondere junge Menschen durch Abwanderung.
- Genau jene Regionen sind von der Abwanderung am stärksten betroffen, die bereits eine sehr niedrige Bevölkerungsdichte aufweisen und deshalb mit Tragfähigkeitsproblemen zu kämpfen haben.

Der angestrebte ökonomische Konsolidierungsprozeß der neuen Länder wird durch die demographische Entwicklung langfristig konterkariert.

Der Beitrag hat das Ziel, aus dem komplexen sich neu bildenden Binnenwanderungsmuster jene Verflechtungen herauszufiltern, die

- in den ostdeutschen Herkunftsregionen besonders starke

### **Zur Abschätzung von Mobilitätsströmen mit dem ENTROP-Verfahren**

Eine in der demographischen Forschung wie auch in anderen Sozialwissenschaften bei der Arbeit mit empirischen Daten häufig anzutreffende Problemstellung ist die Schätzung von Matrizen aus unvollständigen Informationen. Hier soll der Fall der Ermittlung von Matrizen mit Strömen regionaler Mobilität behandelt werden.

Das am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entwickelte ENTROP-Verfahren kann bei derartigen Problemen flexibel angewendet werden. Vorausgesetzt wird nur, daß die vorliegenden Informationen zur Struktur einer derartigen Matrix in die Form linearer Gleichungen oder Ungleichungen gebracht werden können. Zusätzlich ist die Angabe einer Vorgabetabelle möglich. Die mittels des ENTROP-Verfahren geschätzte Matrix ist dann der Vorgabe so ähnlich, wie dies auf der Grundlage der zusätzlich spezifizierten Informationen nur möglich ist.

Das Verfahren wurde zur Bearbeitung komplexer Probleme entwickelt und bereits erfolgreich bei der Prognose der regionalen Beschäftigungsentwicklung und zur Schätzung von Strommatrizen in der Bildungsgesamtrechnung des IAB angewendet. Im vorliegenden Fall soll seine Anpassung bei der Schätzung regionaler Mobilitätsströme verdeutlicht werden.

*Uwe Blien, IAB Nürnberg*

Auswirkungen auf die dortige Alters- wie auch Siedlungsstruktur haben;

- sich in Westdeutschland gegenüber der Zeit vor der Vereinigung besonders stark verändert haben.

Besondere Aufmerksamkeit wird jenen Regionen gewidmet, in denen sich Aufnahmelager für Aussiedler befinden. Dort werden - statistisch gesehen - Außenwanderungszuzüge mit einiger Zeitverzögerung zu Binnenwanderungsförzügen. Deren räumliche Verteilung überlagert die vom Ausland autonomen Binnenwanderungsmuster, ihre Bedeutung variiert mit dem jeweiligen internationalen Wanderungsvolumen.

Basis der Untersuchung bilden die Binnenwanderungsverflechtungsmatrizen zwischen den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1991 bis 1996, die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung aus der Amtlichen Wanderungsstatistik zusammengefügt wurden.

*Hansjörg Bucher, BBR Bonn*

### **Länderübergreifende Wohnmobilität im vereinten Deutschland - Integration oder Differenz?**

Auf der Basis eines theoretischen Modells "interregionale Mobilitätsentscheidung" werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede des "West-Migranten" (West-West-Wanderer und West-Ost-Wanderer) und "Ost-Migranten" (Ost-Ost-Wanderer und Ost-West-Wanderer) analysiert.

Als empirische Datengrundlage dienen das Sozio-ökonomische Panel und die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Der Umfang der Migrationsströme, die Einflußfaktoren und die relative Stärke der verschiedenen Einflußfaktoren werden ermittelt und zwischen zwei Zeitpunkten - 1991 und 1994 - verglichen. Die länderübergreifende Mobilität der Ostdeutschen war nach dem erheblichen Umfang in den Wendejahren dann auf Grund zunehmender Arbeitsplatzdefizite in allen Regionen rückläufig. Für westdeutsche qualifizierte Männer im mittleren Alter boten sich mit der Vereinigung neue berufliche Chancen, was zu einer erhöhten regionalen Mobilität dieser Gruppe führte, vor allem in West-Ost-Richtung.

Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern auf der Ebene der beiden Teile West- und Ostdeutschland waren durch Disparität einerseits und Angleichung andererseits gekennzeichnet. Disparität bedeutet einen nachhaltigen Rückgang der Ost-West-Umzüge und eine starke Zunahme der West-Ost-Umzüge bei noch fortdauernder Stabilität des Musters "West bleibt in West" und "Ost geht nach West". Die disparate Entwicklung war von einer Annäherung in den sozialstrukturellen Merkmalen der mobilen Personen West und Ost und von einer zunehmenden Gleichheit in den Gründen der Mobilität begleitet. Mittels einer logistischen Regression wird nachgewiesen, daß sich die West-Ost-Dimension als Determinante von länderübergreifenden Wanderungen aufzulösen beginnt. Länderübergreifende Wohnortwechsel in der West-Ost- und Ost-West-Perspektive werden in größerem Umfang abgelöst durch Wohnortwechsel zwischen benachbarten Regionen, den "Grenzgebieten" der Länder. Sie folgen zunehmend individuellen und regional-soziokulturellen Lebensmustern und weniger Systemeffekten.

*Wilhelm Hinrichs, Wissenschaftszentrum Berlin*

## **Disparitätenabbau und Trendumkehr der innerbayerischen Wanderung**

**D**ie Abwanderung der Bevölkerung aus den peripher gelegenen ländlichen Gebieten Bayerns in den 60er und 70er Jahren wurde häufig mit dem Schlagwort "Abstimmung mit den Füßen" belegt. In politischen Stellungnahmen war von einem "Ausbluten" des Grenzlandes die Rede. Wanderungsstromanalysen wurden berechnet und Wanderungsmotivuntersuchungen in Auftrag gegeben.

**D**och bereits Anfang der 70er Jahre, zur Zeit der Hochkonjunktur der Wanderungsuntersuchungen, verringerte sich der innerbayerische Wanderungsverlust der "Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen" Jahr für Jahr. Gleichzeitig nahm der Wanderungsgewinn der "Regionen mit großen Verdichtungsräumen" deutlich ab. Der Wanderungssaldo der "sonstigen ländlichen Regionen" bewegte sich im leicht positiven Bereich. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre war dann die innerbayerische Wanderung nach Regionsgruppen nahezu ausgeglichen bis schließlich der Trend kippte und die "Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen" ab 1993 die höchsten Gewinne verbuchten.

Die erheblichen Unterschiede in den Lebensbedingungen und Erwerbsmöglichkeiten veranlaßten vor allem die Jungen und gut Ausgebildeten zur Abwanderung in die Verdichtungsräume München, Nürnberg und Augsburg.

Die "Regionen mit großen Verdichtungsräumen" mußten zu Beginn der 90er Jahre besonders hohe Verluste hinnehmen, da auch die "sonstigen ländlichen Regionen" starke Gewinne verzeichneten. Gegen Ende der 90er Jahre tendieren die innerbayerischen Wanderungssalden aller Regionsgruppen wieder gegen Null. Aber auch 1997 bleibt es dabei: die "Regionen mit großen Verdichtungsräumen" verlieren per Saldo Bevölkerung an die "Grenzland- und überwiegend strukturschwachen Regionen".

**L**andes- und Regionalplanung, Regional- und Wirtschaftspolitik verbuchten diese Trendumkehr als Erfolg ihrer Bemühungen um die Verbesserung der Lebens- und Erwerbsbedingungen im ländlichen Raum. Das im Landesentwicklungsprogramm verankerte Erschließungs- und Vorhalteprinzip habe sich positiv auf die Entwicklung ausgewirkt. Kritiker dieser Konzepte sind dagegen der Auffassung, die Trendumkehr sei im wesentlichen auf eine relative Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Verdichtungsräumen zurückzuführen.

**I**m Referat wird versucht, den Ursachen der beschriebenen Trendumkehr nachzugehen. Erhebliches Gewicht kommt zunächst den Fragen nach der Gebietsabgrenzung und Abhängigkeit der innerbayerischen Wanderung von anderen Wanderungsströmen zu. Erst danach können die Einflüsse anderer Ursachenkomplexe abgeklärt werden. Die Regionsgrenzen überschreitende Stadt-Umland-Wanderung und die Substitution der Wanderung durch Pendeln - ermöglicht durch verbesserte Verkehrsverbindungen, vor allem neue Autobahnen - spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Zunahme der Arbeitsmöglichkeiten in Industrie und Dienstleistung im ländlichen Raum.

**Reinhold Koch,**  
**Bayerisches Staatsministerium**  
**für Landesentwicklung und Umweltfragen**

## **Wanderungsströme in strukturschwachen Regionen Brandenburgs**

**Z**iel der Analyse der Wanderungsbewegungen seit der Wiedervereinigung war die Identifizierung der die Wanderungen auslösenden Push- und Pull-Faktoren, das heißt die Ursachen für das Wanderungsverhalten von und nach dem Kreis Ostprignitz-Ruppin. Zu diesem Zweck wurden die Einflüsse folgender Faktoren (auf der Ebene der einzelnen Gemeinden) auf die Wanderungssalden seit 1990 untersucht:

- ⇒ Alters- und Geschlechtsstruktur,
- ⇒ Arbeits- und Wohnungsmarkt,
- ⇒ Gewerbeentwicklung,
- ⇒ Tourismus, Ökologie,
- ⇒ Bildungs- und Sozialsektor
- ⇒ Konversionsprobleme.

Detaillierte Angaben zu Zu- und Fortzügen auf Gemeindeebene standen leider nicht zur Verfügung. Es zeigte sich, daß sich das Wanderungsverhalten zu über 95 Prozent, also beinahe vollständig, aus der Altersstruktur erklären ließ, wobei sich zwei Gruppen von Gemeinden mit jeweils unterschiedlichen Wandermustern ergaben.

**E**ine Ausnahme bilden die über 50jährigen. Die zahlenmäßig geringeren Wanderungen in dieser Altersgruppe werden ganz überwiegend von Berufsgruppen mit relativ langer Verweildauer in der Arbeitslosigkeit getragen. Dies läßt sich durch die mit dem Alter abnehmende Mobilität erklären.

Bei den jüngeren Migranten zeigte sich, daß der Zwischenschritt des Arbeitspendelns häufig entfällt und die Aufnahme eines neuen Arbeitsplatzes recht schnell zur Wohnortverlagerung führt. Dies betrifft die Außenwanderung, wie die Binnenwanderung innerhalb des Kreises.

**B**ei den Männern aller Altersgruppen zwischen 20 und 50 Jahren wird die Migration ganz entscheidend von der Arbeitsmarktentwicklung auf dem Bausektor beeinflusst. Arbeitsplatzverlagerungen scheinen hier in größerem Umfang auch Wohnungswechsel nach sich zu ziehen. Ähnliches gilt bei den Anfang 20jährigen für die Schlosser und Mechaniker. Bei den Frauen sind es insbesondere die in Verwaltung und Büros Beschäftigten sowie in der Altersgruppe von Ende 20 bis Anfang 30 die Textil-/Bekleidungs- und Ernährungsberufe, die auf den Arbeitsplatzwechsel (Verlust bzw. Neuanstellung) mit Migration reagieren.

Die nähere Untersuchung der Wanderungsbewegungen und des Arbeitsmarktes auf Kreisebene (ergänzt durch repräsentative Bevölkerungsbefragungen) könnte hierbei zu noch präziseren Analysen der Wanderungsmotive und -dynamik und damit zur Konkretisierung der auf eine nachhaltige Entwicklung gerichteten Planungen beitragen.

**D**a sich bei der Arbeitsmarktentwicklung eine mittelfristige Fortsetzung der bisherigen Trends abzeichnet, wurde für die Prognoserechnung von einer Beibehaltung der Struktur der beobachteten Wandermuster in beiden Gemeindegruppen ausgegangen. Betrachtet man nun die möglichen Zielregionen, also vor allem Berlin und Potsdam (auch hierzu könnten wichtige Daten anhand von Repräsentativbefragungen gewonnen werden), so wird unmittelbar klar, daß die dortige Aufnahmekapazität für Arbeitsmigranten ihre Grenzen mittelfristig erreichen wird. Für den Prognosezeitraum wurde daher von einer Reduzierung der Wanderungswahrscheinlichkeiten für alle Altersjahre auf 1/3 des Niveaus von 1996 ausgegangen.

**Harald Michel, IFAD Berlin**

Bei der Diskussion über angespannte Lage am Argument angeführt, zu

### **Determinanten regionaler Mobilität** *Eine Analyse mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1990*

Ursachen für die anhaltend Arbeitsmarkt wird öfter das geringe regionale Mobilität

verstärkte das Problem der Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund sollen in diesem Beitrag die Determinanten individueller, arbeitsbedingter regionaler Wechsel näher bestimmt werden. Dazu wird zunächst das theoretische Konzept der Humankapitaltheorie zur Migrationsentscheidung skizziert, um daraus Determinanten der regionalen Mobilitätsentscheidung abzuleiten. Bei der Thesenbildung wird auf den Stand der empirischen Forschung Bezug genommen.

Neuere Untersuchungen zu regionalen Wanderungen in den alten und neuen Bundesländern weisen darauf hin, daß bei gleichen Rahmenbedingungen keine signifikanten Verhaltensunterschiede bestehen. Entscheidend sind vielmehr die Struktureffekte und die damit verbundene ungleiche Situation der Arbeitsmärkte, die zu einem höheren Mobilitätspotential in Ostdeutschland führen. Unter diesen Aspekten erscheint es grundsätzlich lohnend, auch wenn nur Daten für die alten Bundesländer zur Verfügung stehen, das Mobilitätsverhalten von Beschäftigten unter Berücksichtigung des individuellen Erwerbsverlaufes zu analysieren. Zusätzlich wird der Einfluß anderer Mobilitätsformen, wie berufliche und betriebliche Mobilität auf Interaktionen mit regionaler Mobilität untersucht.

Als Datenbasis steht das Regionalfile der Beschäftigtenstichprobe 1975-1990 zur Verfügung. Dabei handelt es sich um eine 1%-Stichprobe der im Untersuchungszeitraum sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Als regionale Abgrenzung erweist sich die Aufteilung in Arbeitsmarktregionen am geeignetsten, auf deren Ebene Mobilität als überregionaler Betriebswechsel beobachtbar ist.

Dazu wird die individuelle Migrationswahrscheinlichkeit für das Jahr 1989 mittels einer Logitanalyse untersucht. Es zeigt sich, daß Frauen im Vergleich zu Männern eine um 30% geringere Mobilitätswahrscheinlichkeit aufweisen. Die Altersselektivität erweist sich durchgehend als hochsignifikant gesichert. Auffallendes Ergebnis ist jedoch, daß die vorangegangene "Mobilitätsgeschichte" den größten Einfluß ausübt. So beträgt z. B. die Wahrscheinlichkeit für einen zweiten Wechsel das Fünffache gegenüber dem ersten Wechsel. Generell zeigen die Befunde, daß neben den sozio-demographischen Merkmalen, sowohl die frühere Mobilitätserfahrung als auch Interdependenzen verschiedener Mobilitätsarten für eine Mobilitätsentscheidung mitbestimmend sind.

Annette Haas, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg

### **5.967.571.448 Menschen zählt die Weltbevölkerung zum Jahresende 1998**

*Erhöhte Anstrengungen bei der Familienplanung erforderlich*

Die Weltbevölkerung hat zum Ende des Jahres 1998 einen neuen Höchststand erreicht: voraussichtlich 5.967.571.448 Menschen werden in der Nacht zum 1. Januar das neue Jahr begrüßen. Diese aktuelle Zahl gibt die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) zum Jahresende bekannt. Davon leben 1.178.822.686 Menschen in den Industrieländern und 4.788.748.762 in den sogenannten Entwicklungsländern. Alle zehn Sekunden kamen im Jahre 1998 43 Kinder zur Welt.

"Das Weltbevölkerungswachstum fand im Jahre 1998 zu 98 Prozent in den Entwicklungsländern statt", so DSW-Geschäftsführer Dr. Hans Fleisch. "Über die Hälfte der Paare, die in diesen Ländern leben, haben sich bereits für Familienplanung entschieden. Dies hat in erheblichem Maße dazu beigetragen, das Weltbevölkerungswachstum zu verlangsamen. Damit dieser Trend auch in Zukunft weiter anhält, ist es notwendig, allen Frauen und Männern den Zugang zu adäquaten Diensten der Familienplanung zu ermöglichen, sofern sie es wünschen."

### **Weltbevölkerung überschreitet 1999 die 6-Mrd.-Marke**

Nach neuesten Angaben der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung in der zweiten Hälfte 1999 die Sechs-Milliarden-Marke überschreiten. Nur zwölf Jahre zuvor - im Jahre 1987 - war die fünfte Milliarde erreicht worden. "Nie zuvor in der Weltgeschichte hat es eine Phase gegeben, in der die Bevölkerungszahlen so rasch angestiegen sind", so Fleisch. Nach den aktuellsten UN-Projektionen wird die Weltbevölkerung im Jahre 2013 - in nur 14 Jahren - bereits sieben Milliarden Menschen zählen. Mit der achten Milliarde wird 2028 gerechnet. Diese Berechnungen treffen allerdings nur dann zu, wenn sich noch mehr Menschen in den Entwicklungsländern für Familienplanung entscheiden.

In der jüngsten Revision der Bevölkerungsprojektionen, die Ende Oktober 1998 veröffentlicht wurde, hatten die Vereinten Nationen die Bevölkerungszahlen für 2050 um eine halbe Milliarde nach unten korrigiert. Nach der mittleren Projektionsvariante wird die Weltbevölkerung demnach zur Mitte des kommenden Jahrhunderts 8,9 Milliarden Menschen zählen. Bei der letzten Revision vor zwei Jahren waren die UN noch von 9,4 Milliarden Menschen ausgegangen.

**Pressemitteilung**

**Deutsche Stiftung Weltbevölkerung vom 28. Dezember 1998**

### **Zur Altersselektivität der Binnenmigration**

Binnenwanderungen sind im Gegensatz zur Außenmigration durch eine relativ konstante Altersstruktur der Migranten gekennzeichnet. Dennoch sind in Deutschland seit über 30 Jahren Veränderungen in der Altersstruktur von Migranten zu beobachten. Vor allem die Binnenmigration der 20 bis 30jährigen, die in der Regel die höchsten Wanderungsraten aufweisen, nahm stetig ab. Eine Analyse dieser Veränderungen erfolgt in methodischer Hinsicht auf drei unterschiedlichen Ebenen:

- Ein Vergleich der Altersstrukturen von Binnenmigranten zwischen verschiedenen Kalenderjahren, der auf der Grundlage der amtlichen Wanderungsstatistik möglich ist, verdeutlicht Art und Umfang der strukturellen Veränderungen.
- Eine Kohorten- bzw. Längsschnittbetrachtung ermöglicht darüber hinaus Hinweise auf verhaltensspezifische Veränderungen im Gegensatz zu vorübergehend wirksamen Periodeneinflüssen.
- Eine Differenzierung nach der Wanderungshäufigkeit, die nur auf der Basis von Individualdaten durchgeführt werden kann, erlaubt eine weitergehende Analyse des Migrationsverhaltens, u. a. welche altersspezifischen Veränderungen bei ersten Wohnortwechseln und Wanderungen höherer Ordnung nachzuweisen sind.

Die Resultate belegen einen grundlegenden Wandel des Binnenwanderungsverhaltens vor allem junger Menschen ungefähr im Zeitraum von 1970 bis 1990, der in erster Linie von den Geburtsjahrgängen 1945 bis 1965 getragen wurde. Die in den 90er Jahren zu beobachtenden Veränderungen im Binnenwanderungsgeschehen basieren hingegen auf Periodeneinflüssen, u. a. aufgrund der veränderten Außenmigration (Folgewanderungen), und stehen in keinem Zusammenhang mit dem nachgewiesenen Verhaltenswandel.

E.-Jürgen Flöthmann, Universität Bielefeld

## Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik

### Wie wird die neue Entwicklungspolitik aussehen?

*Erstens:* Entwicklungspolitik ist globale Strukturpolitik, die sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiert. Sie ist sozial und ökologisch ausgerichtet. Armutsbekämpfung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Fragen stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir wollen dabei stärker als bisher die Rahmenbedingungen, unter denen Entwicklung stattfindet, beeinflussen. Wir werden intensiver als bisher unsere Rolle in den internationalen Organisationen und in den multilateralen Finanzinstitutionen wahrnehmen und somit einen größeren Einfluß entsprechend unseren Möglichkeiten ausüben.

*Zweitens:* Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts, so daß Krisen- und Konfliktprävention ein wichtiges Element unserer Politik ist. Es ist meine feste Überzeugung, daß es sinnvoller, menschlicher und auch wirtschaftlich vorteilhafter ist, für Vorbeugung und damit für Entwicklungspolitik Geld zur Verfügung zu stellen, als im Konfliktfall für militärische Einsätze und anschließend für Schadensbeseitigung erheblich stärker zur Kasse gebeten zu werden. Wir wollen uns daher für die Verhinderung von Krisen und Konflikten einsetzen.

Ein Baustein unserer Strategie wird konkret der Aufbau eines zivilen Friedensdienstes sein. Außerdem werden wir unseren Sitz im Bundessicherheitsrat auch im Sinne einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, die entwicklungspolitischen Interessen nicht zuwiderläuft, nutzen.

### Welchen Stellenwert hat das Thema Weltbevölkerungswachstum in der Entwicklungspolitik?

Das Wachstum der Weltbevölkerung stellt uns vor große Herausforderungen, die nicht nur das hier und heute bestimmen, sondern vor allem die Lebenschancen zukünftiger Generationen festlegen. Familienplanung und reproduktive Gesundheit sind daher ein wichtiger Bereich unserer Arbeit, denn es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung eines Landes einerseits und der Entwicklung seiner Bevölkerung andererseits. Wir führen zahlreiche bilaterale Förderprogramme durch und arbeiten auch gut mit Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen wie z. B. dem UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) und der International Planned Parenthood Federation (IPPF) zusammen, die über viel Erfahrung verfügen.

Eine zu starke Zunahme der Bevölkerung in manchen Regionen birgt auch die Gefahr von lokalen und regionalen Konflikten. Bevölkerungspolitische Zusammenarbeit kann daher ein Stück weit präventiv wirken. Sie kann zwar keine Garantien für Frieden geben, aber sie reduziert die Risikofaktoren für lokale und regionale Konflikte und Kriege.

Seit dem Regierungswechsel in Bonn steht Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) an der Spitze des Entwicklungsministeriums. Entwicklungspolitik soll sich ihrer Ansicht nach am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren und vor

allem friedentiftend wirken. Bei der Prävention von Krisen und Konflikten spielen auch bevölkerungspolitische Maßnahmen, wie sie auf der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 beschlossen wurden, eine wichtige Rolle.

Mit der Ministerin sprach Catherina Hinz  
Media Officer  
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

### Welche Bedeutung kommt Ihrer Ansicht nach dem Kairoer Aktionsprogramm zu?

Kairo hat eine umfassende Antwort auf Fragen gegeben, die mit dem Thema Bevölkerung und Entwicklung und deren Wechselbeziehungen zusammenhängen. Wir müssen daher das Rad nicht neu erfinden. Es geht darum, die Ansätze konsequent weiter umzusetzen.

### Wo muß die neue Bundesregierung hier noch mehr tun?

Die alte Bundesregierung hat sich in Kairo verpflichtet, jährlich bis 2001 450 Millionen DM zur Verwirklichung der Kairoer Ziele zur Verfügung zu stellen. Hieran würde ich selbstverständlich festhalten.

# NEWS



Deutsche Stiftung **WELTBEVÖLKERUNG**

Im Rahmen des Möglichen werden wir aber einen Aufgabenbereich wesentlich verstärken, nämlich die AIDS-Bekämpfung. Die Auswirkungen von AIDS sind in den am schwersten betroffenen Ländern inzwischen wesentlich dramatischer, als man das noch vor ein oder zwei Jahren vorhergesehen hatte. Der rapide Rückgang der Lebenserwartung in einer ganzen Reihe von afrikanischen Ländern als Indikator für das Wegsterben der mittleren aktiven Generation ist alarmierend. AIDS ist dort nicht länger nur ein Gesundheitsproblem, sondern eines, das die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder in einem erschreckenden Maße gefährdet. Wir werden uns daher dieser ernststen Bedrohung noch stärker als bisher annehmen müssen.

### Sie wollen Frauen im Entwicklungsprozeß stärker fördern: Gehört dazu auch der Zugang zu Familienplanung und reproduktiver Gesundheitsversorgung?

Die Situation der Frauen ist paradox. Sie sind es, die auf der einen Seite das Überleben ihrer Familien sichern und durch ihre Arbeit und ihr Wirtschaften, Grundlagen für das wirtschaftliche wie soziale Leben in den meisten Teilen der Welt schaffen, und auf der anderen Seite sind sie im öffentlichen Leben politisch, wirtschaftlich und sozial benachteiligt. Gleichzeitig tragen sie oft die Last vieler Geburten und die damit zusammenhängenden Gesundheitsrisiken.

In Kooperation mit unseren Partnern vor Ort, versuchen wir die reproduktiven Rechte der Frauen, wie sichere Schwangerschaften, sichere Geburten, keine Genitalverstümmelung und das Recht auf ausreichende Familienplanung, sicherzustellen. Damit kämen wir der Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte und einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern einen großen Schritt näher.

Quelle: DSW newsletter 1/99 (Januar/Februar)

### **Trend zum Rückgang des Geburtenanstiegs setzt sich auch 1998 in den neuen Bundesländern fort**

Als 1994 in den neuen Bundesländern die Talsohle des dramatischen Geburtenrückgangs mit nur noch 40% der Geburten gegenüber 1989 erreicht war und sich der Wiederanstieg 1996 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelte (1995 Anstieg=6,5% 1996=11%), schien sich die These von der Nachholung eines großen Teils der aufgeschobenen Kinderwünsche allmählich zu bestätigen. Aber schon die Verlangsamung des Zuwachses im Jahr 1997 mit nur noch 7,5% zeigte an, daß wohl doch nur ein geringer Teil der seit 1990 ausgefallenen Geburten nachgeholt werden würde. Nunmehr deutet sich für 1998 eine Stagnation der Geburtenzahlen an: bis einschließlich August wurden entsprechend den Angaben der Statistischen Wochenberichte des Stat. Bundesamtes lediglich 0,9% mehr Kinder geboren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die Eheschließungen, die nach dem drastischen Rückgang auf 37% des Vorwende-Niveaus seit 1994 jährlich um 2-3% angestiegen waren, stagnieren bis August 1998 gegenüber dem Vorjahr.

Diese Entwicklungstendenzen von Geburten und Eheschließungen sind auch im früheren Bundesgebiet zu beobachten: Der nachlassende Anstieg der Geburten nach mehrjähriger rückläufiger Entwicklung (1996=+3,1%, 1997=+2,1% gegenüber dem VJ) ist bis 08/1998 in einen Rückgang um rd. 5% umgeschlagen. Bei den Eheschließungen beschleunigt sich der seit 1991 anhaltende Rückgang auf mindestens 4% für 1998 gegenüber dem Vorjahr.

Wenn auch Geburten- und Eheschließungszahlen in beiden Teilen Deutschlands von Veränderungen der Altersstruktur beeinflusst sind, so überwiegt doch bei weitem die Fertilitäts- bzw. Heiratswilligkeitskomponente. Die Geburtsjahrgänge 1968-1973, das sind die heute 25-30-jährigen Frauen und Männer (also diejenigen, die das Geburten- und Heiratsgeschehen am stärksten beeinflussen), sind in Ostdeutschland ca. um ein Viertel, in Westdeutschland um mehr als ein Drittel geringer besetzt als die älteren, davor geborenen Jahrgänge. Das heißt, um diesen Anteil kann die negative Entwicklung von Geburten und Eheschließungen strukturellen Ursachen zugeschrieben werden. Trotzdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß langfristig gesehen sich in Westdeutschland an der Gesamtfruchtbarkeitsziffer von 1,4 Kindern je Frau kaum etwas ändert, und daß von einer - wenn auch inzwischen immer längerfristig vorausgesagten - Angleichung des Geburtenverhaltens der ostdeutschen Frauen an das Niveau der alten Bundesländer fast zehn Jahre nach der Wende mit immer größerer Vorsicht gesprochen werden muß.

Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer liegt mit durchschnittlich ca. einem Kind je Frau noch weit unter dem westdeutschen Niveau. Offenbar erfordert eine solche Angleichung auch eine deutlichere Annäherung der Lebensverhältnisse von Ost und West als bisher, wozu v.a. auch eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit gehören dürfte. Diese wirkt nicht nur negativ auf die Familieneinkommen, sondern infolge der weiterhin hohen Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen offenbar auch negativ auf die Erfüllung ihrer Kinderwünsche. Angesichts des verbreiteten Zukunftspessimismus bei vielen jungen Menschen in Ost- und inzwischen auch in Westdeutschland ist eher mit einer Angleichung des Geburtenniveaus auf noch niedrigerem Niveau als dem heutigen westdeutschen denkbar.

Im übrigen bewirkt der in den neuen Bundesländern anhaltende Sterbefallüberschuß über die Geburten von über 100 000 Personen 1994 auf heute noch ca. 70 000 pro Jahr und weiterhin negativer Wanderungsbilanz einen ungebrochenen Bevölkerungsrückgang von 16,4 Mio. 1989 auf 15,3 Mio. 1997, was in nicht wenigen Regionen zu einer beschleunigten Entvölkerung mit allen sie begleitenden sozialen und ökonomischen Problemen führt.

**Karin Richter**

## **PRESSESPIEGEL**

### **Hinweise auf neue Publikationen**



- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. Beck'sche Reihe, Verlag C.H.Beck, München 1998.
- Croom, Jürgen: Familienbildung in Deutschland. Soziodemographische Prozesse, Theorie, Recht und Politik unter besonderer Berücksichtigung der DDR. Opladen, Westdeutscher Verlag 1998.
- Kozuch, Karin: Zwischen Gebärdensprache und Zwangssterilisation. Die bevölkerungspolitische Debatte in der internationalen Frauenbewegung. Münster: Unrast. Frauenforschungsstelle 1998.
- Rheinbay-Lehmann, Barbara: Frauen in den neuen Bundesländern. Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Einheit auf die Situation der weiblichen Bevölkerung Thüringens. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien. Peter Lang, 1998
- Knie, Friedhelm (Hrsg.): Die sichere Rente. Alternativen zur Altersversorgung. Idstein, Fachverlag für Finanzen und Immobilien, 1998.
- Backes, Gertrud; Clemens, Wolfgang: Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung. Weinheim, München, Juventa-Verlag, Grundlagentexte Soziologie, 1998.
- Fleischhacker, Jochen; Münz, Rainer (Hrsg.): Bevölkerung und Gesellschaft Mittel- und Osteuropas im Umbruch. 31. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft in Berlin 1998. Reihe Demographie aktuell, Nr.13. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin 1998.
- Herden, Rose-Elisabeth: Demographische Veränderungen in ehemaligen Industriestandorten des Landes Brandenburg. Reihe Demographie aktuell, Nr.14. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin 1998.
- Kissling, Christian: Familie am Ende? Ethik und Wirklichkeit einer Lebensform. Zürich: NZN-Buchverlag 1998.
- Qin, Mingrui: Partnerwahl und Heirat im gegenwärtigen China. Regensburg: Roderer. Theorie und Forschung, Bd. 577, 1998.
- Schwab, Dieter (Hrsg.): Das neue Familienrecht. Systematische Darstellung zum Kindschaftsrechtsreformgesetz, Kindesunterhaltsgesetz, Eheschließungsgesetz und Erbrechtsgleichstellungsgesetz. Bielefeld: Gieseking VIII, 1998.
- Mühlens, Elisabeth; Knittel, Bernhard (Bearb.): Kindschaftsrecht. Kommentierende Darstellung der Familienrechtsreform, 2. erw. Aufl., Stand 1.1.99. Köln: Bundesanzeiger. Recht und Praxis im Zivilrecht, 1998.
- Behrend, Christoph (Hrsg.): Soziale Gerontologie. Interdisziplinäre Fach-Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Fragestellungen. Gedenkschrift für Margret Dieck. Duncker & Humblot, Sozialpolitische Schriften, H. 76, 1998.
- Montanari, Massimo: Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. Beck. Beck'sche Reihe, 4025, 1998.
- Azizfendioglu, Hüseyin: Die Zukunftsperspektiven türkischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlags-Gesellschaft, 1998.

#### **UNO Publikationen: Population Division:**

- World Population Projects. The 1996 Revision. New York 1998. Sales Nr. E. 98. XIII. 5
- World Urbanization Projects. The 1996 Revision. New York 1998. Sales Nr. E. 98. XIII. 6
- World Distribution and Migration. New York 1998. Sales Nr. E. 98. XIII. 12
- Too Young to Die: Genes or Gender? New York 1998. Sales Nr. E. 98. XIII. 13
- World Population Projections to 2150. New York 1998. Sales Nr. E. 98. XIII. 14
- Health and Mortality. A Concise Report. New York 1998. Sales Nr. E. 99. XIII. 2

#### **United Nations Economic Commission for Europe:**

- In-Depth Studies on Migration in Central and Eastern Europe: The Case of Poland. New York and Geneva 1998. Sales Nr. GV. E. 98. II. E24

### **Zu Stand und Perspektiven der Bevölkerungsstatistik**

Nach einem stark der Bevölkerungsstatistik gewidmeten Arbeitsleben möchte ich in einigen Gedanken-splitttern Rückschau auf Stand und einige Entwicklungslinien der Bevölkerungsstatistik wagen. Die Betrachtung ist vorrangig auf die Bevölkerungsstatistik im engeren Sinne bezogen, und es überwiegt, meinem beruflichen Herkommen entsprechend, die Sicht aus der Perspektive eines Statistischen Landesamtes und auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet.

#### **Zur Entwicklung der Bevölkerungsstatistik**

Im allgemeinen haben wir klare Definitionen der Einheiten wie etwa Person, Lebendgeburt, Sterbefall. Die methodischen Grundlagen der Bevölkerungsstatistik sind in Jahrhunderten gewachsen. In einer umfangreichen Literatur wurden sie schon früh diskutiert und sind allgemein akzeptiertes wissenschaftliches Grundwissen. Datenorientierte Analysen beginnen mit den englischen "politischen Arithmetikern" und Süßmilch (zur Zeit Friedrichs des Großen). Differenzierte Sterblichkeitsanalysen haben wir um 1880 durch Lexis und seine Schule, Fruchtbarkeitsanalysen um 1910 durch Kuczynski. Mathematische Bevölkerungsmodelle erarbeiteten etwa Keyfitz, Freyka oder Feichtinger. *Ich wußte keinen anderen Bereich der angewandten sozialwissenschaftlichen Statistik mit einer so ausgearbeiteten methodischen Grundlage.* Die solide Fundierung der Bevölkerungsstatistik im engeren Sinne strahlt auf die weiteren Bereiche der Bevölkerungsstatistik aus - etwa die Statistiken zur Ausbildung oder zur Erwerbstätigkeit der Personen.

**W**ichtige Kennzahlen wie Bevölkerungsdichte, Sterbe- oder Fruchtbarkeitsziffern oder Lebenserwartung sind eindeutig definiert. Hier hebt sich die Bevölkerungsstatistik positiv ab von anderen Feldern der Statistik, in denen unterschiedliche Maßzahlen manchmal Begriffe wie Wirtschaftswachstum oder Sozialprodukt unklar werden lassen. Auch werden in der Bevölkerungsstatistik seit Jahrzehnten moderne Verfahren, wie etwa Zeitreihenanalysen, bemerkenswert treffsichere und weit in die Zukunft reichende Bevölkerungsprognosen oder Kohortenanalysen angewendet, wogegen in anderen Bereichen manchmal noch einfache "Vergleiche mit dem Vormonat oder dem gleichen Monat des Vorjahres" üblich sind.

Nach dem dritten Reich war die Bevölkerungswissenschaft in Deutschland belastet, da manche Demographen im dritten Reich der emotionalen Vereinnahmung durch die damalige Politik nicht genügend widerstanden hatten. Damit kamen nun nach dem Krieg wichtige Impulse für eine sachliche Bewertung von Bevölkerungsfragen aus der datenorientierten Betrachtung der Bevölkerungsstatistik und damit aus dem Statistischen Bundesamt, den Landesämtern und der Städtestatistik; beispielgebend seien Schubnell, Schwarz, Herberger, Filser, Zopfy oder Steinki genannt. Wichtige Beiträge steuerten mathematisch orientierte Statistiker wie etwa Schäffer, Freudenberg oder Deininger bei, mit erklärbar aus der manchmal fast naturwissenschaftlichen Fundierung der Bevölkerungsstatistik. Eine weitere Quelle war die Stadt- und Regionalforschung - erwähnt seien Boustedt, Buchholz

## *Die Bevölkerung sind wir*

*1998 schied Professor Dr. Gerhard Gröner, zuletzt Leiter der Abteilung Bevölkerungsstatistik am Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, nach über 38 Jahren Tätigkeit wegen Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand aus. Anlässlich seiner Verabschiedung resümierte er in einem Referat über Stand und Entwicklung der Bevölkerungsstatistik, aus dem wir Auszüge veröffentlichen.*

oder Mackensen. Nicht vergessen seien praxisorientierte Arbeiten aus dem wissenschaftlichen und universitären Raum - erinnert sei an Autoren wie Esenwein-Rothe, Dinkel, Flaskämper, Grohmann und Mackenroth. Auch Historiker, Mediziner, Bevölkerungsgeographen und weitere Fachrichtungen sind hier zu nennen.

Etwa um 1970 hatte nach meiner Ansicht die Bevölkerungsstatistik in der Bundesrepublik einen hohen Stand erreicht: Gute und engagierte Bevölkerungsstatistiker arbeiteten im Bundesamt und in den Landesämtern, das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Direktoren waren Schubnell, Schwarz, Jürgens, Linke, Höhn) wurde 1974 gegründet; es gab erste Lehrstühle für Bevölkerungswissenschaft an Universitäten, und wir haben mit der Volkszählung 1970 die wohl beste Volkszählung in diesem Jahrhundert durchgeführt: mit einem modernen Erfordernissen Rechnung tragenden Frageprogramm; mit einem bahnbrechenden Erhebungskonzept (Totalzählung mit integrierter 10%-Stichprobe); mit einem grundsätzlich neuen Aufbereitungsprogramm (lesefähige Belege, beispielgebende Plausibilitätsprogramme) - gefördert durch leistungsfähige EDV-Abteilungen unter Leitern wie Zindler, Deininger oder Giehl.

**D**er Fall der Mauer brachte für die Bevölkerungsstatistik fruchtbare Anregungen. Die Zusammenarbeit mit Kollegen wie Khalatbari oder Speigner und die Erfahrungen eines in vieler Hinsicht anderen Systems der Bevölkerungsstatistik waren anregend, und die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen in Ost- und West forderten zu fundierten Untersuchungen heraus. Seitdem ist nach meiner Ansicht auf vielen Gebieten eine Stagnation festzustellen. Ich will dies an wenigen Punkten darlegen:

Wir stehen in der Vorbereitung einer neuen Volkszählung, und aus meiner Sicht ist es betrüblich, wie statt einer soliden Zählung ein Ineinandermauscheln unterschiedlich konzipierter, oft unvergleichbarer und unterschiedlich fehlerträchtiger Dateibestände akzeptiert wird - eigentlich das, was das Bundesverfassungsgericht in seinem VZ-Urteil 1983 nicht wollte. Bezeichnend sind Aussagen wie "Wenn man eine Zahl hat, ist es besser, als wenn man keine Zahl hat. Und wenn man dann eine Zahl hat, soll man diese doch nicht durch kleinliches Herummäkeln an der Genauigkeit in Frage stellen". *Manchmal hat man den Eindruck, daß sich Bemühungen vorrangig darauf konzentrieren, Formulierungen zu finden, die so verschwommen sind, daß sie niemanden festlegen und vor allem nichts kosten.*

**I**n der Zeit meiner Ausbildung wurde der Analyse der Unschärfe von Daten und ihrer zufälligen und systematischen Fehler hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Nur so kann der Statistiker die Genauigkeit seiner Erhebungen und Aufbereitungen verbessern, und nur so kann dem Konsumenten klar gesagt werden, inwieweit er sich auf die Daten verlassen kann und wie weitgehende Schlüsse er aus diesen ziehen kann. Dies wird heute leider oft vernachlässigt.

Auch die bisher so solide Basis der Grunddefinitionen und der gesetzlichen Grundlagen in der Bevölkerungsstatistik ist zunehmend aktualisierungsbedürftig. Ein Beispiel ist die schwierige Ermittlung der Zahl der Familien, der verheiratet oder unverheiratet zusammenlebenden Paare. Das Bevölkerungsstatistische Gesetz steht seit nunmehr 15 Jahren zur No-

vellierung an; Statusänderungen der Wohnung sind darin nicht vorgesehen.

Ergänzungen wären auch in Merkmalen erforderlich, etwa bei Wiederheirat der Abstand zur Scheidung bzw. zum Tod des früheren Ehepartners; oder die Erfassung aller Kinder einer Frau. Der Bezug lediglich auf ehelich geborene Kinder der momentanen Ehe ist mit wachsender Zahl von Wiederheiraten und von Geburten außerhalb von Ehen kaum mehr aussagefähig. Übrigens waren in der Bevölkerungsstatistik der früheren DDR weit bessere Aussagen zur sozio-ökonomischen Situation etwa der Ehepartner bei Heiraten oder der Eltern bei Geburten möglich als nach unserer Rechtsgrundlage.

**D**er Datenschutz ist ein hohes Gut und gerade bei sensiblen Bevölkerungsdaten wichtige Voraussetzung für eine hohe Qualität der Datenerhebung. Doch wurden Aspekte des Datenschutzes, auch bei keineswegs sensiblen Daten, oft überzogen formuliert - zu meinem Erstaunen manchmal von Leuten, die wenig später ungemein differenzierte und heikle Anfragen beantwortet haben wollten.

Zu prüfen ist auch, ob die oben angesprochene quasi naturwissenschaftliche Fundierung der Bevölkerungsstatistik noch voll trägt. Wohl noch bei den Sterbefällen, doch ist etwa die Geburt von Kindern heute noch viel weniger als früher "naturgegeben". So kann man heute bei der weit überwiegenden Zahl der Heiraten nicht mehr binnen einem Jahr nach der Hochzeit mit der Geburt eines Kindes rechnen. Wie Kaufentscheidungen für Wirtschaftsgüter Trends und Erwartungshaltungen unterliegen, so gilt dies zunehmend auch bei Entscheidungen für oder gegen Kinder. Die Beiträge der ernsthaften sozialwissenschaftlichen Forschung gilt es daher mit Interesse zu verfolgen. Persönlich empfinde ich allerdings manche der neueren Beiträge auf diesem Gebiet eher aus einer "Anti-Haltung" gegen bewährte Grundlagen heraus konzipiert und nicht in der wünschenswerten kooperativen Einstellung. Manchmal wird auch hier der Frage der Verlässlichkeit der Daten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

### **Sparmaßnahmen/Rationalisierung in der Bevölkerungsstatistik**

Rationalisierung, Sparmaßnahmen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Controlling fressen leider einen wachsenden Teil der kreativen Zeit der Statistiker auf. Andererseits muß man sich angesichts knapper Ressourcen der Rationalisierung und Kosteneinsparung stellen - soweit dabei nicht Bürokratie und voluminöse Papiere zum Selbstzweck werden.

Von den drei großen Arbeitsphasen: Erhebung - Aufbereitung - Veröffentlichung haben wir wohl in den letzten Jahrzehnten die spektakulärsten Erfolge in der Aufbereitung erzielt. Ich habe noch erlebt, wie man handgeschriebene Listen gefaltet hintereinander gelegt und dann von Hand oder mittels vorsintflutlicher Rechenmaschinen aufaddiert hat. Heute setzen wir die Groß-EDV und zunehmend PC's ein, wir arbeiten mit lesefähigen Belegen und Blaise-Erfassung, wir haben voll- und halbautomatische Plausibilitätskontrollen.

**F**ortschritte erzielen wir in der Veröffentlichung, im Bereitstellen der Daten. Auch wenn es noch manchmal knirscht, etwa bei gleich konzipierten Veröffentlichungen grundlegender Daten durch alle Bundesländer, wir haben in vielen Fällen druckfertige Veröffentlichungsvorlagen direkt aus der EDV, und zunehmend werden Daten auch über elektronische Medien schnell und direkt zur Verfügung gestellt. Schwieriger ist es in der textlichen und wissenschaftlichen Auswertung der Daten. Die Kapazität auf diesem Gebiet ist geringer geworden. *Zur Bündelung der wissenschaftlichen Ressourcen wären bundesländerübergreifende Analysen drin-*

*gend wünschenswert* - zudem werden oft erst im Vergleich zwischen Bundesländern interessante Aspekte deutlich.

Es bleibt die Rationalisierung im Bereich der Erhebung. Hier laufen intensive, arbeitsaufwendige Bemühungen, zum Beispiel zur Übermittlung der Daten von Schulen, Gerichten oder Standesämtern auf Diskette oder mittels Datentransfer oder die direkte Erfassung über Laptops. Die Fachleute wissen, daß dies noch ein schwieriger und mühsamer Weg ist.

### **Die Bevölkerungsstatistiker**

Um 1970, zu den Glanzzeiten der Bevölkerungsstatistik, herrschte an den Universitäten eine Euphorie, daß in wachsender Zahl gut ausgebildete Statistiker die Arbeiten in den Statistischen Ämtern bereichern, modernen Methoden zum Durchbruch verhelfen und Führungspositionen einnehmen werden. Leider haben sich einige dieser Hoffnungen nicht erfüllt. Auch dazu nur einige Stichworte. Die oft beklagte *Entfremdung zwischen Theorie und Praxis der Statistik äußert sich manchmal in einer gewissen Praxisferne der Universitätsabsolventen*. Zwar können viele eine vorgeschriebene Methode auf vorgegebenes Material anwenden; sie sind aber ungeübt darin, in einer Tabelle oder Reihe Probleme zu erkennen und dann eigenständig geeignete, aussagefähige Analyseverfahren anzuwenden. - Zudem besitzt selbst heute noch nur ein Teil der Führungskräfte in der Amtlichen Statistik eine qualifizierte statistische Ausbildung (wegen manchmal anderer Einstellungsschienen).

**B**ei der Personalpolitik im öffentlichen Dienst hat man bezüglich der Statistik manchmal den Eindruck, daß es kaum mehr gewünscht ist, daß sich jemand über Jahre hinweg mit dem gleichen Gebiet beschäftigt. Meines Erachtens ist die amtliche Statistik bisher gut mit Leuten gefahren, für die der Beruf weit mehr als ein Job war, und die aus jahrzehntelanger Erfahrung das Material, seine Stärken und Schwächen und die Literatur kannten. Heutiges Leitziel scheint oft eher die viel gepriesene Flexibilität, man muß über eine Sache nicht Bescheid wissen, man muß sie "in den Griff bekommen" - was immer das auch heißen mag - und welcher Typ von Personen das auch immer sein mag. *Auch bei der Präsentation statistischer Daten wird oft auf das politische und das Medieninteresse geschielt*. Manchmal scheinen die Wünsche von auf vordergründige Effekthascherei bedachten Journalistinnen und Journalisten mit darüber zu entscheiden, welche Dinge wie veröffentlicht werden. Bezeichnend ist für mich das Interesse an Ergebnissen großer Zählungen: Rasch eine vorläufige griffige Zahl, heute veröffentlicht und übermorgen vergessen - das solide und umfassende Datenmaterial der Zählung findet demgegenüber in Medien und Politik kaum mehr Aufmerksamkeit.

**I**nsgesamt gesehen ist die Bevölkerungsstatistik ein hochinteressantes, faszinierendes Fachgebiet. Geburt und Tod betreffen uns alle, Heirat und Scheidung sehr viele. Die Bevölkerung sind wir; Aussagen über Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung finden in vielen Aspekten - Heirats- und Scheidungshäufigkeiten, Zwillingsgeburten, die höhere Lebenserwartung von Frauen, die höhere Selbstmordrate der Männer, die Ausbildung und Erwerbstätigkeit der Personen - große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Wir haben ein schönes und interessantes Fachgebiet! Ich wünsche uns, daß es uns gelingt, die Bevölkerungsstatistik als Quelle solide erarbeiteter und dargebotener Materialien zu bewahren und auszubauen, eine Bevölkerungsstatistik, die für Wissenschaft, Planung, Verwaltung und Politik wichtige Entscheidungsgrundlagen liefert und zudem der Öffentlichkeit interessante Aspekte unseres Lebens und unserer Gesellschaft verdeutlicht.

**Prof. Dr. Gerhard Gröner**

**K**onferenz im Rahmen der  
„Statistischen Woche“ Hannover  
der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

**T**ermine  
des Arbeitskreises Demographie  
der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

Vorläufiges Programm der Tagung

**“Gesundheitsberichterstattung (GBE) und  
Demographie in Deutschland”**

am 4.10.1999 in Hannover

- Prof. Herwig Birg (Uni Bielefeld)  
Demographische Projektion und Auswirkungen auf die  
Kosten für das Gesundheitssystem
- Prof. Jürgen Schott (TU Dresden)  
Überblick - Demographische Daten als Mitteilungen zur  
Gesundheitslage
- Dr. Gunter Brückner (StaBu Wiesbaden)  
Aufgaben und Servicesleistungen des IDG des Statistischen  
Bundesamtes
- Dr. Bärbel-Maria Bellach (RKI Berlin)  
Inhaltliche und strukturelle Aufgaben bei der Gesundheits-  
berichterstattung in Deutschland
- Dr. Helmut Brandt (LÖGD Bielefeld)  
GBE aus der Sicht eines Landes am Beispiel NRW
- Prof. Reiner Dinkel (Uni Rostock)  
Grundmodelle der Demographie für die Beschreibung der  
Gesundheitslage der Bevölkerung
- Dr. Rembrandt Scholz (HU Berlin)  
Das Ziffernsystem der Demographie in seiner Übertragung  
auf gesundheitsrelevante Ziffernsysteme
- Dr. Hannelore Löwel (GSF Oberschleißheim)  
Anforderungen an die GBE bei Herz-Kreislauf-  
Erkrankungen
- Prof. Hildebrandt Kunath (TU Dresden)  
Anforderungen an die GBE bei Karzinom-Erkrankungen

**European Population Conference**

Den Haag, 30. August - 3. September 1999

Veranstalter: EAPS, IUSSP, NIDI, SN, NVD

**Conference Secretariat:**

c/o Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute, NIDI  
P.O.Box 11650, NL - 2502 AR The Hague

**Am Rande bemerkt**

“Der erste (Malthus’s) Essay ist nicht nur in der Methode apri-  
orisch und philosophisch, sondern er ist auch im Stil kühn und  
rednerisch, mit viel Bravura in Sprache und Gefühl. In den  
späteren Ausgaben dagegen muß die politische Philosophie vor  
der politischen Ökonomie zurückweichen, allgemeine Grund-  
sätze werden überlagert von den induktiven Beweisführungen  
eines Pioniers in soziologischer Geschichtsschreibung,...”.

**John Maynard Keynes**

**Politik und Wirtschaft, Tübingen, Zürich 1956, S. 139**

“Seine (Malthus’s) Essay weltweite Wirkung steht im graden  
Verhältnis zu seiner Leere und Seichtheit; denn es ist doch  
wohl das dümmste Buch der Weltliteratur, so zu dessen Rech-  
fertigung man allein die Tatsache anführen könnte, daß es  
keinen einzigen, neuen Gedanken erhält. Es ist erschütternd zu  
denken, daß dieses Buch, wie uns Darwin selbst erzählt, ihm  
die Anregung zu seinen eigenen Lehren gegeben hat.”

**Werner Sombart**

**Vom Menschen, Berlin 1938, S. 298**

Die bisher für den 15. April geplante Veranstaltung zum  
Thema „Frauengesundheitsbericht Deutschland“  
(Referentin Frau Dr. Jutta Begenau) wurde aus aktuellem  
Anlaß zugunsten der Veranstaltung “Zensus 2001” abgesagt.

**15. April 1999**

**Zensus 2001:** zum Bundesmodell

Referent: Herr Hermann Glaab  
Abteilungsleiter im Statistischen Bundesamt

**Zensus 2001:** zum Ländermodell

Referent: Manfred Fest  
LDS Brandenburg

**24. Juni 1999**

Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich

Referentin: Jutta Wietog  
FU Berlin, Institut für Gesellschaftswissenschaften

**Sonstiges**

Die Adressen der folgenden Vereinsmitglieder  
sind nicht mehr aktuell:

**Prof. Thomas Büttner**

**Dr. Heinzpeter Thümmeler**

**Prof. Dr. sc. med. Marianne Fuchs**

Falls jemand die aktuellen Adressen kennt,  
bitten wir darum, uns diese mitzuteilen.

**IMPRESSUM**

Die Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für  
Demographie e. V. erscheinen zweimal jährlich. Sie werden an  
die Mitglieder der Gesellschaft kostenlos versandt. Alle ande-  
ren Interessenten können die Mitteilungen für 1,- DM erhalten  
(zuzüglich der Portogebühren).

**Herausgeber:**

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.  
Vors. Prof. Dr. Parviz Khalatbari  
Parkaue 3, 10367 Berlin

**Bankverbindung:**

Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Konto-Nr.: 2099 9500 00

**Redaktion und Layout:**

Dr. Förster, Matthias; Dr. Maretzke, Steffen; Dr. Richter, Karin

Die Redaktion freut sich über alle Beiträge, die zur Veröffentli-  
chung eingereicht werden. Informieren Sie uns bitte über Veranstal-  
tungen u.a. wichtige Dinge, die es Wert sind, mitgeteilt zu werden.

Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

**Dr. Matthias Förster**, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf  
Tel (dtl.): 0331/2891 252 eMail: Potsdam-Statistikamt@T-Online.de

**Dr. Steffen Maretzke**, Honnefer Str. 29, 53179 Bonn  
Tel (dtl.): 0228/826 326 eMail: Steffen.Maretzke@T-Online.de

**Dr. Karin Richter**, Prenzlauer Chaussee 204, 16348 Wandlitz  
Tel (priv.): 03339/721 338

möglichst bereits als WORD- oder ASCII-Datei, gesandt werden.  
Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.